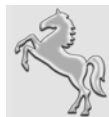


**Christian Wulff
Axel Smend
Johannes Tichel
Hanno Graf v. Kielmansegg
Friedrich Weber
Christian Schleicher
Lothar C. Rilinger**

**Das Vermächtnis der Widerstands-
kämpfer des 20. Juli 1944 -
Der Aufstand des Gewissens und
seine Wirkungsgeschichte**

32 Rechtspolitik in der Diskussion

LACDJ
Landesarbeitskreis
Christlich-Demokratischer Juristen



CDU

2. Auflage

Redaktion dieses Heftes:
Rechtsanwalt Lothar C. Rilinger, Hannover

Herausgegeben von der CDU in Niedersachsen
IV/2008

**Dr. h.c. Christian Wulff MdL
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen**

**Dr. Axel Smend
Vorsitzender der Stiftung 20. Juli 1944**

**Dr. Johannes Tuchel
Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand**

**Hanno Graf v. Kielmansegg
Generalmajor a.D.**

**Dr. Friedrich Weber
Landesbischof der ev.-luth. Landeskirche Braunschweig**

**Christian Schleicher
Leiter des Bildungswerks Hannover der Konrad-Adenauer-Stiftung**

**Lothar C. Rilinger
Rechtsanwalt, Landesvorsitzender des LACDJ Niedersachsen**

Das Vermächtnis der Widerstands- kämpfer des 20. Juli 1944 - Der Aufstand des Gewissens und seine Wirkungsgeschichte

**Dokumentation einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung
am 25. Juni 2007 in Hannover in Zusammenarbeit mit der Stiftung
20. Juli 1944 und dem Landesarbeitskreis Christlich-
Demokratischer Juristen (LACDJ) in Niedersachsen**

Inhalt:

I. Editorial

von **Lothar C. Rilinger**..... Seite 7

II. Begrüssung und Einführung

von **Christian Schleicher**..... Seite 9

III. "Das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 - Die Bedeutung des christlichen Glaubens für die Widerstandskämpfer"

von **Ministerpräsident Dr. h.c. Christian Wulff MdL**..... Seite 11

IV. Stellungnahmen

1. Stellungnahme von **Dr. Axel Smend**..... Seite 25

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger..... Seite 25

b.) Darlegung Dr. Smend..... Seite 25

2. Stellungnahmen **Dr. Johannes Tuchel** und **Ministerpräsident**

Dr. h.c. Christian Wulff MdL..... Seite 27

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger..... Seite 27

b.) Darlegung Dr. Tuchel..... Seite 27

c.) Darlegung Dr. h.c. Wulff..... Seite 28

3. Stellungnahme **Landesbischof Dr. Friedrich Weber**..... Seite 31

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger..... Seite 31

b.) Darlegung Dr. Weber..... Seite 31

4. Stellungnahme **Generalmajor a.D. Graf Hanno**

v. Kielmansegg..... Seite 33

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger..... Seite 33

b.) Darlegung Graf Kielmansegg..... Seite 33

5. Stellungnahmen **Dr. Johannes Tuchel** und **Landesbischof**

Dr. Friedrich Weber..... Seite 37

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger Seite 37

b.) Darlegung Dr. Tuchel..... Seite 37

c.) Darlegung Dr. Weber..... Seite 39

6.) Stellungnahmen Dr. Axel Smend und Hanno Graf Kielmansegg	Seite 41
a.) Einführung und Fragestellung Rilinger.....	Seite 41
b.) Darlegung Dr. Smend.....	Seite 41
c.) Darlegung Graf Kielmansegg.....	Seite 42
7.) Stellungnahme Ministerpräsident Dr. h.c. Christian Wulff MdL	Seite 45
a.) Einführung und Fragestellung Rilinger.....	Seite 45
b.) Darlegung Dr. h.c. Wulff.....	Seite 45
V. Autoren	Seite 47

I. Editorial

Das Attentat vom 20. Juli 1944 ist Teil des Gründungsmythos der Bundesrepublik Deutschland geworden - sowohl der alten als auch der wiedervereinigten. Dieses Attentat ist zum sichtbaren Zeichen einer inneren Erhebung geworden, die sich aus den verschiedensten Quellen gespeist hat. Personen aus dem Militär, der Beamtenschaft, Angehörige der Kirchen, Konservative, Sozialdemokraten, Vertreter des Adels und des Bürgertums - alle erhoben sich, um das verbrecherische System und damit den Antichristen in der Person Hitlers zu beseitigen und um so das Neue Deutschland aufzubauen - einen Staat, indem Recht und Freiheit herrschen sollte, in dem die jüdisch-christliche Ethik, die ja die humanistischen und die aufklärerischen Werte mit einschließt, Grundlage sein sollte. Der Kreisauer Kreis und Goerdeler wollten in ihren Zukunftsentwürfen sogar eine staatliche Stelle etablieren, die die Politik überwachen sollte, ob ihre Entscheidungen auch immer mit den Grundsätzen der christlichen Kirchen übereinstimmten.

Die aus dem Juden- und Christentum hervorgegangenen Werte sollten wieder Platz greifen, auf ihnen sollte das bessere Deutschland aufgebaut werden. Wir wissen, dass der Aufstand des Gewissens, wie es Annedore Leber später formuliert hat, scheiterte, selbst der Militärbefehlshaber von Frankreich, General der Infanterie Carl-Heinrich v. Stülpnagel, dem der Staatsstreich in Paris gelang, musste aufgeben, doch der Aufstand und die sich daraus anschließenden Leiden der Widerstandskämpfer und ihrer Familien waren nicht umsonst. Ihr Handeln wurde zum Mythos, zur Heldenerzählung, aus der sich unser Staatswesen und unsere Gesellschaft hat entwickeln können. Die Widerstandskämpfer, die das bessere Deutschland wollten, hinterließen ein Vermächtnis, das zukunftsweisend, aber auch unbequem ist - ein Vermächtnis, über das immer wieder nachgedacht, das wieder und wieder ergründet, erforscht, gewertet werden muss. Um dieser historischen Verpflichtung nachzukommen, hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Stiftung 20. Juli 1944 und dem Landesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (LACDJ) in Niedersachsen zu einer Aussprache am 25.06.2007 nach Hannover eingeladen. Über 550 Personen folgten der Einladung, um an einer Diskussion teilzunehmen, die nicht nur in die Vergangenheit gerichtet war, sondern vor allen Dingen in die Zukunft. Insbesondere wurde über die Frage nachgedacht, was für Lehren wir aus dem damaligen Widerstand herleiten können, um unser Staatswesen und unsere Gesellschaft in eine noch bessere Zukunft führen zu können.

Die überarbeiteten Beiträge veröffentlichen wir in der Ausgabe unserer Schriftenreihe - ergänzt um den Beitrag des Leiters der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Dr. Johannes Tuchel, der leider kurzfristig die Teilnahme an der Diskussion hatte absagen müssen.

L. C. Rilinger

II. Begrüßung

Christian Schleicher

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer Veranstaltung „Das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944“ und freue mich, dass sie unserer Einladung so zahlreich gefolgt sind. Sehr herzlich begrüße ich den thüringischen Justizminister Harald Schliemann, die Staatssekretäre Friedrich-Otto Ripke und Hartmut Saager sowie zahlreiche Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags. Besonders hervorheben möchte ich, dass sich unter unseren Gästen auch *Nachkommen von Widerstandskämpfern, Schüler von 9 Gymnasien* aus Hannover, Celle, Burgwedel, Göttingen und Braunschweig sowie *Soldaten* der Standorte Hannover, Munster, Lüneburg, Hildesheim, Augustdorf und Bückeburg befinden.

Auf dem Podium begrüße ich

- unseren Ministerpräsidenten Christian Wulff
- den Vorsitzenden der Stiftung 20. Juli 1944
Herrn Dr. Axel Smend
- Generalmajor a.D. Hanno Graf von Kielmansegg
und den Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche
in Braunschweig – Herrn Dr. Friedrich Weber

Als *Moderator* begrüße ich den Landesvorsitzenden des Landesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen – Herrn Lothar Rilinger.

Dr. Johannes Tuchel musste aufgrund eines sehr wichtigen Termins in Berlin leider sehr kurzfristig absagen.

Mein Dank gilt vor allem Herrn Dr. Smend, Herrn Rilinger und Herrn Nolting aus der Staatskanzlei, die mich bei der Organisation der Veranstaltung tatkräftig unterstützt haben.

Den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 ging es nicht nur um die Beseitigung des NS-Regimes, sondern auch *und gerade auch* um dessen Überwindung.

Sie haben vielen zentralen Grundentscheidungen beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland den Weg bereitet. Hier liegt das eigentliche Erbe und das Vermächtnis Stauffenbergs, Moltkes und Delps – *die in diesem Jahr alle ihren 100. Geburtstag gefeiert hätten* - sowie ihrer Mitstreiter: der antitotalitäre Grundkonsens über alle Parteigrenzen hinweg und der Bezug auf das Recht und auf das christliche Menschenbild, das eine Antwort auf die geistigen Trümmer der NS-Herrschaft sein sollte und aus Sicht vieler Widerstandskämpfer allein sein konnte.

Diesem Vermächtnis fühlt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung verpflichtet. Unser Ziel ist es, deutlich zu machen, wie wichtig der Kampf aller Demokraten gegen politischen Extremismus von rechts und links ist. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern erfordern immer wieder unser aller Engagement. 62 Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft und 17 Jahre nach dem Ende des SED-Regimes ist keineswegs das „Ende der Geschichte“ erreicht“. Wie kann die junge Generation von heute gegen totalitäre Versuchungen geschützt werden? Wir müssen ihnen vorleben und vermitteln, dass sich Zivilcourage lohnt und gerade in Demokratien überlebenswichtig ist.

Das Thema „20. Juli 1944“ nimmt daher in der Reihe der Themen der KAS eine wichtige Rolle ein:

- am 21. Juni 2007 referiert Bundesinnenminister Dr. Schäuble bei einer Veranstaltung in Berlin
- im Oktober 2007 werden wir im Felix-Klein-Gymnasium in Göttingen die Ausstellung „In der Wahrheit leben“ der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung präsentieren und im nächsten Jahr an zwei weiteren Orten Tagung für Jugendliche in Kreisau August 2007

Ich schließe mit einem Zitat von Stauffenberg

„Es ist Zeit, dass jetzt alles getan wird. Derjenige allerdings, der etwas zu tun wagt, muss sich bewusst sein, dass er wohl als Verräter in die deutsche Geschichte eingehen wird. Unterlässt er jedoch die Tat, dann wäre er ein Verräter vor seinem Gewissen.“

Ich könnte den Frauen und Kindern der Gefallenen nicht in die Augen sehen, wenn ich nicht alles täte, dieses sinnlose Menschenopfer zu verhindern.“

III. „Das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 - Die Bedeutung des christlichen Glaubens für die Widerstandskämpfer“

**Dr. h.c. Christian Wulff MdL
Niedersächsischer Ministerpräsident**

1. Einleitung

Es freut mich außerordentlich, dass Sie so zahlreich zu dieser Veranstaltung gekommen sind. Besonders begrüße ich die Schülerinnen und Schüler, die sich zum Teil bereits seit mehreren Monaten mit den Widerstandskämpfern des 20. Juli 1944 im Unterricht beschäftigen. Ich bin überzeugt, dass es unsere Pflicht ist, die jungen Generationen aufzuklären über die politischen und individuellen Verheerungen des politischen Totalitarismus im 20. Jahrhundert, aber auch über den Widerstand, den er gefunden hat.

Wir sprechen heute über das wichtigste menschliche, politische und geschichtliche Erbe, das wir aus den dunkelsten Jahren deutscher Geschichte zum würdigen Bewahren, vor allem aber als Auftrag erhalten haben und an die nachfolgende Generation weitergeben wollen und müssen: *„Das Vermächtnis der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944“*.

Die Frauen und Männer des Widerstandes gegen Adolf Hitler und sein verbrecherisches Regime sind uns in ihrem Handeln Vorbild. Sie handelten, sie dachten politisch, sie stellten ihr Handeln vor das Forum der Geschichte - und doch ist es vor allem die menschliche Dimension, die uns anrührt und in der ihre Wirkung auf uns letztlich gründet. Dabei sehen wir den Widerstandskämpfern gleichsam in das Herz. Sie sprechen zu uns in ihrer moralischen Einstellung, geben uns Einblick in ihr Gewissen - und auch in ihre religiösen Überzeugungen.

Wir wollen in diesem Jahr der Frage nachgehen, wieweit die christliche Prägung dieser Frauen und Männer ihr Menschsein bestimmt hat und für ihr Handeln maßgeblich geworden ist. Und wir wollen uns fragen, was davon heute für uns wichtig ist.

„Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“, so antwortet Petrus dem Hohepriester, der ihn anklagt, in Jesu Namen zu predigen.

Dieses Wort des Petrus aus der Apostelgeschichte kam mir im Zusammenhang mit dem 20. Juli aus mehreren Gründen in den Sinn.

Zum einen ist die Apostelgeschichte das „Buch der Taten“, wie es im griechischen Urtext und auch im Lateinischen deutlich wird, wo das Buch schlicht „Taten der Apostel“ heißt. Hier zeigt sich im Titel, dass der christliche Glaube nichts Abstraktes oder Entrücktes, sondern vielmehr konkrete Handlungsanweisung ist und zum Handeln in der Nachfolge Christi aufruft und befähigt. Das gilt grundsätzlich, aber auch im Blick auf das Handeln der Widerstandskämpfer gegen Hitler. Sie haben ihrem christlichen Glauben Taten folgen lassen.

Zum anderen erfasst das Schlüsselwort „gehorsam“ in dieser Antwort des Petrus an den Hohepriester den zentralen Gewissenskonflikt, in dem sich die Offiziere des militärischen Widerstandes und des Attentats vom 20. Juli 1944 befanden. Noch heute muss sich jede Soldatin und jeder Soldat mit ihrer bzw. seiner Pflicht zum Gehorsam, mit den Folgen, aber auch den Grenzen dieser Gehorsamspflicht auseinandersetzen.

Wir haben im demokratischen Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, dass es zu unlösbaren Konflikten zwischen Gehorsam und persönlichem, auch christlichem Gewissen kommen kann. Wir haben als Konsequenz das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in unsere Verfassung geschrieben - anders als es der NS-Staat tat, anders als es auch noch die DDR getan hat.

Für uns hat jeder Befehl, hat jeder Gehorsam eine letzte Grenze - das eigene Gewissen. Im totalitären NS-Staat galt dies alles nicht. In Hitlers Wehrmacht war der Konflikt von Gottesgehorsam und Menschengehorsam wahrhaft existentiell, musste letztlich bis zur bitteren Konsequenz durchgestanden werden. Dies müssen wir in Betracht ziehen, wenn wir das Handeln und Leiden dieser Frauen und Männer angemessen würdigen wollen.

2. „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ - Widerstand zwischen Gewissen und Gehorsam

Nur wenn Grundsätze in einer konkreten existentiellen Situation, im Rahmen der gegebenen historischen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse, gelebt werden, zeigen sie ihre Substanz und ihren Wert. Nur dann erkennen wir recht eigentlich den Menschen, der diese Grundsätze vertritt. Daher gilt es, sich die Lage, in der sich die Frauen und Männer des Widerstandes befanden, fassbar zu vergegenwärtigen.

„Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ - vieles verbindet die Haltung und das Märtyrertum der Apostel mit den handelnden Personen des 20. Juli 1944: Es ist das Eintreten mit der eigenen Person für das als richtig und wahr Erkannte und Aufgetragene - ohne Ansehen der Gefahr für Leib und Leben. Es ist das mutig bekennende Handeln aus dem christlichen Glauben heraus, die Haltung der Zeugenschaft im Angesicht von Einschüchterungsversuchen und Verfolgung.

Doch die Macht der Bedrohung und Verfolgung war nicht stärker als die Kraft des Glaubens. Zu Zeiten der Apostel nicht - und nicht für die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Ihr Glaube gab auch den Frauen und Männern des Widerstandes - wie damals Petrus und den Aposteln - den Mut und die innere Stärke, als Angeklagte vor dem Volksgerichtshof dem tobenden Blutrichter Roland Freisler mit fester Überzeugung mutig entgegenzutreten. Obgleich sie wussten, dass ihr Leben verwirkt war, traten auch sie der Anklage im Geist des Petruswortes entgegen, entzogen auch sie sich dem absoluten Machtanspruch des Unrechtstaates.

Auch in ihrer Zusammensetzung gleichen die Widerstandskämpfer in vielem der in die Isolation getriebenen und verfolgten Urchristengemeinde. Ähnlich mühsam formierte sich der Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime über politische, konfessionelle und soziale Unterschiede hinweg. Nur schwer überwandten die einzelnen Zellen und Gruppen des Widerstands gegen Hitler die überkommenen innerparteilichen, innerkirchlichen, weltanschaulichen oder gruppeninternen Konflikte, obgleich sie sich in der Ablehnung der Willkürherrschaft der Nationalsozialisten einig waren und alle jederzeit mit Denunziation, Entdeckung und Verhaftung rechnen mussten.

3. Die historischen Bedingungen für das Handeln der Widerstandskämpfer

Es ist oft gefragt worden, warum es keinen breiten institutionellen Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime gab, weder in der Politik noch im Militär noch in den Kirchen, und es letztlich Einzelne oder kleine Gruppen waren, die handeln mussten.

Die Gründe dafür sind offensichtlich: Einmal verstand es das Regime, sofort und blitzschnell sämtliche Institutionen des Staates und der Gesellschaft zu vereinnahmen und fast alle gleichzuschalten. Damit waren in kurzer Zeit sämtliche Plattformen, auf denen Widerstand von

innen möglich gewesen wäre, verschwunden. Letztlich konnte der Nationalsozialismus dann auch nur mit Gewalt und von außen besiegt werden.

Die Grundlage für diese fatale Entwicklung wurde aber schon früher gelegt. Es war das Versagen der Eliten und der Institutionen, der Parteien, des Militärs, der Kirchen in der Weimarer Republik und in den Anfangsjahren der NS-Herrschaft bei der Verteidigung von Demokratie und Freiheit. Wir stehen noch heute fassungslos vor dieser Tatsache, aber sie ist nicht wegzudiskutieren.

Da waren zum einen die politischen Parteien, ausgezehrt und demoralisiert durch die Dauerkrise der Weimarer Republik und des noch jungen und ungeübten Parlamentarismus. Als Hitler mit der Dynamik und Zielstrebigkeit des Usurpators sein Regime etablierte und absicherte, standen sie hilflos, wie gelähmt, am Rande, den Ernst der Lage katastrophal unterschätzend - bis es zu spät war.

Da war das traditionell ständisch geprägte, monarchisch-national gesinnte Militär. Sein Selbstbewusstsein und sein Selbstverständnis waren durch die - wie man glaubte - unverdiente Niederlage im Kriege, durch Meuterei und Revolution, durch den Zusammenbruch der Monarchie, schließlich durch das als schmachvoll empfundene so genannte Diktat von Versailles gedemütigt und verunsichert worden. Die wenig stabile neue Republik und ihre Institutionen fanden in den Reihen des Militärs nur wenig Unterstützung, ja, sie stießen sogar überwiegend auf Ablehnung. Auch hier hatten die Nationalsozialisten leichtes Spiel. Schon in den Zwanzigerjahren war die Reichswehr quasi ein „Staat im Staate“ mit republikferner Gesinnung.

So ist es zu erklären, dass sich das Militär bei aller Reserve gegenüber dem „böhmischen Gefreiten“ Hitler von dessen Versprechen einnehmen ließ, einen radikalen innenpolitischen Wandel einzuleiten, eine breite Wehrbereitschaft einzuführen, die Vorrangstellung der Reichswehr gegenüber SA und dann SS zu garantieren, die Aufrüstung voranzutreiben, die vermeintliche Schmach des „Versailler Diktats“ zu löschen und gegen den so genannten Bolschewismus vorzugehen.

Die schnell folgenden außenpolitischen Erfolge und die Aufrüstung zum modernsten Heer Europas innerhalb weniger Jahre nahm das Militär mit Genugtuung zur Kenntnis. Als die kriegerischen Absichten Hitlers deutlicher wurden, regten sich zwar Bedenken bis hinein in die militärischen Spitzen, die aber rasch verflogen, als die Westmächte in der Sudetenkrise einknickten und der rasch beendete Frankreichfeldzug

vermeintlich Revanche für Versailles gebracht zu haben schien. Aus der deutschen Generalität war Hitlers Generalität geworden.

Diese Entwicklung festigte die traditionelle Bindung des Militärs an den Staat noch mehr - und erreichte eine neue Dimension durch den persönlichen Eid auf Hitler als Führer, den jeder Soldat leisten musste. So erklärt es sich z.B. , warum nur wenige Offiziere auch dann, als sie das Ausmaß der verbrecherischen Taten des Regimes erkannten, nur zögerlich und durch Gewissensnöte vielfach gelähmt damit begannen, Front gegen das Regime zu machen. Erst der Vernichtungsfeldzug im Osten mit seinen millionenfachen Gräueltaten und Opfern unter der Zivilbevölkerung mobilisierte schließlich stärkeren Widerstand im Offizierskorps.

Als dritte große Institution, von der man einen breiteren Widerstand hätte erwarten können, ist die Kirche zu betrachten. Doch auch die Kirchen beider Konfessionen waren traditionell eher antidemokratisch eingestellt, auch in den Kirchen herrschte eine beträchtliche Autoritäts- und Obrigkeitsgläubigkeit. Das waren keine günstigen Voraussetzungen für einen offenen Protest gegen das Regime.

Die katholische Kirche baute auf vertragliche Regelungen mit dem NS-Staat. Sie tat dies bereits am 20. Juli 1933 mit dem Reichskonkordat. Darin sicherte Hitler der katholischen Kirche zu, nicht in ihren inneren Raum, namentlich die Priesterausbildung, die Seelsorge und die Caritas einzugreifen. Im Gegenzug nahm die katholische Kirche die Entmachtung, ja die Auflösung des politischen Katholizismus in Kauf, wie er sich in der Weimarer Zentrumsparterie verkörperte, und verlor damit ihren Einfluss auf die weitere Gestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland. Zudem versäumte sie es, katholische Bewegungen, Verbände und Gewerkschaften durch konkrete Nennung im Konkordat vor Gleichschaltung, Entrechtung, Verbot und Verfolgung zu schützen. Vor allem aber bestätigte der Vatikan mit dem Konkordat Hitler und sein Regime in der deutschen und internationalen politischen Öffentlichkeit - das Konkordat kam quasi einer frühen Legitimierung des neuen Regimes gleich.

Im Folgenden scheiterte jeder Versuch der katholischen Bischöfe, vereint gegen das verbrecherische Handeln des NS-Regimes vorzugehen. Die katholische Bevölkerung wartete vergebens und mit sinkendem Mut auf ein öffentliches Zeichen ihrer Hirten. Dieses Zeichen erfolgte erst spät, zu spät - beispielsweise im Jahre 1937 durch die päpstliche Enzyklika „Mit brennender Sorge“ oder im August 1941 durch die Predigt des Löwen von Münster, Bischof Graf von Galen, gegen die

Massentötungen im Rahmen des Euthanasiegesetzes. Diese Predigt veranlasste das Regime zu einer weniger auffälligen Vorgehensweise. Wir können daher heute nur vermuten, was ein geschlossener öffentlicher Protest der Kirchen hätte bewirken können!

Die evangelische Kirche, insbesondere die evangelisch-lutherische Kirche, war in ihrem Verhältnis zum Staat geprägt durch Luthers Zwei-Reiche-Lehre sowie durch die unheilvolle „Ehe von Thron und Altar“ und das Gottesgnadentum im Wilhelminismus. So war unter Wilhelm II. und Bismarck der Nationalismus tief in die evangelische Pastorenschaft eingedrungen. Die Mehrzahl der evangelischen Bischöfe war deutschnational-monarchisch gesinnt. Immer stärker unter Druck gesetzt, sich nach dem Ende der Weimarer Republik zu den neuen Machthabern zu bekennen, spaltete sich die evangelische Kirche schon bald in die Deutschen Christen unter Reichsbischof Müller und die Bekennende Kirche.

Der damit begonnene Kirchenkampf innerhalb der evangelischen Kirche gab dem deutschen Protestantismus zwar einerseits die Möglichkeit, neu zu sich zu finden. Andererseits muss klar gesehen werden, dass auch die Bekennende Kirche selbst bald tief in sich gespalten war. Hier kommt dem Theologen Dietrich Bonhoeffer eine besondere Rolle zu.

Bonhoeffer sah nicht in den Deutschen Christen die eigentliche Gefahr für die Substanz des von der Kirche zu vertretenden und zu schützenden christlichen Glaubens. Er sah auch in der Bekennenden Kirche den gelebten Glauben gefährdet in der Orthodoxie derjenigen, die sich hinter überkommenen theologischen Positionen verschanzten und allein um ihre Organisation besorgt waren.

Heute wissen wir: Der Kampf um die Kirchenleitungen wurde weit vehementer geführt als der Kampf für die entrechteten, verfolgten Juden. Es war Bonhoeffer, der schon früh, nämlich 1934, forderte, dass die Kirche sich aktiv gegen den Unrechtsstaat wenden, d.h. politisch handeln müsse. Er selbst schloss sich daher schon früh dem Widerstand an. Es war Bonhoeffer, der auf der Grundlage von Karl Barths Schriften den Tyrannenmord theologisch rechtfertigte. Und es war ‚seiner‘ Kirche, die ihn dafür praktisch ausschloss, ihn nicht einbezog in die Gebete für die im Gefängnis sitzenden Mitglieder der Bekennenden Kirche, sich strikt von ihm distanzierte nach Bekannt werden seiner Beteiligung am Attentat vom 20. Juli 1944!

Das alles sind Tatsachen, die wir schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen. Um das Zögern und Hadern sowie die Vereinzelung innerhalb

des Widerstandes zu verstehen und es aus heutiger Sicht nicht vorschnell und vielleicht auch ungerecht zu verurteilen, müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, wie perfide der NS-Staat bis in den letzten Winkel der staatstragenden Institutionen durchorganisiert war, und wie rasch dies vonstatten ging.

Wir müssen uns vor Augen führen, wie früh und gründlich Verbot und Verfolgung einsetzten. Unter der Diktatur waren nicht weniger als drei Millionen Menschen aus politischen Gründen inhaftiert!

Wir müssen uns vor Augen führen, wie der Staat das menschliche Miteinander bis in den privaten Raum hinein durchdrungen und mit einer Atmosphäre des Misstrauens und des Denunzierens vergiftet hatte: Andersdenkende wurden in die Isolation getrieben, Andershandelnde setzten sich der Gefahr für Leib und Leben aus.

Wir müssen uns vor Augen führen, wie fundamental neu die Ideologie der Nationalsozialisten war in ihrer unheimlichen Amoralität, die alle bisherigen Maßstäbe außer Kraft setzte. Und gerade das machte sie zugleich anziehend für viele Orientierungslose, Verunsicherte, Enttäuschte und latent Gewaltbereite jener Jahre.

Wir müssen uns vor Augen führen, wie groß die suggestive Sogwirkung der so genannten „Nationalen Erhebung“ der Nationalsozialisten war, eingebettet in das große Ritual, in das sie die Politik mit ihrer betäubenden Propaganda verwandelt hatten. Das muss man sich vor Augen führen, wenn man zu einem angemessenen Urteil gelangen will über die Chancen des Widerstandes gegen das NS-Regime.

4. Widerstand aus dem Glauben

Nachdem das Regime einmal etabliert war, konnte sich Widerstand nur noch schwer formieren. Es kam nun auf Einzelne an, die noch Zugang zum Machtapparat des Staates hatten. Gruppen hatten die Kraft zum abweichenden Denken, hatten überhaupt eine Vorstellung von einem anderen Deutschland:

- Angehörige der politischen Linken mit festen ideologischen und solidarischen Bindungen;
- Angehörige der oberen Mittelschicht und der Oberschicht: das Bildungsbürgertum, Offiziere, Diplomaten, Beamte, unabhängige Intellektuelle und einige Geistliche;

Diese hatten eigene moralische Maßstäbe und feste politische und gesellschaftliche Überzeugungen. Und dennoch: Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass sich der Widerstand in Deutschland nicht gegen einen externen Landesfeind richtete, sondern gegen den eigenen Staat und dass er auf den Tod seines obersten Vertreters zielte. Das macht einen erheblichen Unterschied und zeigt, in welcher letztlich verzweifelten Lage sich die Widerständler befanden, dass sie als Offiziere Vaterlandsverrat und Eidbruch und als Christen den Tyrannenmord auf sich zu nehmen bereit waren. Sie standen, wie wir gesehen haben, im Konflikt zwischen der vom Regime geforderten Gehorsamspflicht und christlich geprägtem Gewissen.

Zwei Bibelstellen spiegeln die innere Zerrissenheit der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 in moralischer, aber besonders in theologischer Dimension wider, sie waren zugleich auch Grundlage der theologischen Auseinandersetzung in den Widerstandskreisen selbst: Römer 13, Verse 1 u.2: „1. Jedermann sei Untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet. 2. Wer sich nun der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt der Anordnung Gottes; die ihr aber widerstreben, ziehen sich selbst das Urteil zu.“ und die bereits zitierte Stelle aus der Apostelgeschichte: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“.

Die Diskussion gipfelte in der Frage, ob der Tyrannenmord ethisch gerechtfertigt wäre.

Dass dieser Konflikt heute in Deutschland, in Europa nicht mehr auf Leben oder Tod hinauslaufen muss, das verdanken wir, davon bin ich überzeugt, auch dem Handeln der Attentäter vom 20. Juli 1944.

Ihr Bruder, Herr General, der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg, hat jüngst in einem Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung dargestellt, warum der moderne Staat und das Christentum als monotheistische Religion im heutigen westlichen Europa friedlich koexistieren können, obgleich beide den Anspruch erheben, die letzte Instanz für verbindliche Regelungen des Zusammenlebens zu sein.

Diese einvernehmliche Koexistenz basiert auf der Bereitschaft und der Fähigkeit von Staat und Christentum zur wechselseitigen Selbstbeschränkung. Der Staat hat sich selbst gebunden, indem er zum Verfassungsstaat wurde und die Kirche ist bereit, die Autonomie der politischen Sphäre anzuerkennen und sich allein in den vom Verfassungsstaat festgelegten Grenzen zu betätigen.

Das Christentum kann das tun, ohne seinen Anspruch zu verlieren, weil in seinem Zentrum kein apodiktischer Gesetzeskatalog steht, sondern das Doppelgebot der Liebe, der Gottes- und der Nächstenliebe. Peter Graf Kielmansegg führt dazu aus (Zitat):

„Weil das Christentum keine Gesetzesreligion ist, sondern nur das eine Gebot kennt, dass wir Verantwortung für unsere Mitmenschen übernehmen sollen, ist es offen für die Unterscheidung von Recht und Moral, kann es die rechtliche, also sanktionenbewehrte Regulierung des Zusammenlebens der Menschen einer anderen Instanz überlassen“.

Für den NS-Staat war eine solche Selbstbeschränkung undenkbar. Sie lief seinem Bestreben, die innere Umgestaltung der Gesellschaft gemäß seiner Ideologie schnellstmöglich und umfassend voranzutreiben, diametral entgegen. Der Machtanspruch des nationalsozialistischen Regimes war totalitär. Um ihn durchzusetzen, verstieß das Regime täglich in elementarer Weise gegen die Menschenrechte und gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Es richtete sich dabei keineswegs nur gegen das Judentum, sondern auch gegen das Christentum, das Hitler kaum weniger hasste und das er nach dem Krieg endgültig zu überwinden trachtete.

Helmuth James Graf von Moltke, der in diesem Jahr wie auch Alfred Delp und Claus Schenk Graf von Stauffenberg seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte, berichtet in seinem letzten Brief an seine Frau Freya vom 10. und 11. Januar 1945 von seiner Verhandlung vor dem Volksgerichtshof. Während der Verhandlung ließ sich dessen Präsident Roland Freisler zu der Bemerkung hinreißen (Zitat): „Herr Graf, eines haben das Christentum und wir Nationalsozialisten gemeinsam, und nur dies eine: wir verlangen den ganzen Menschen“.

Und eben diesem Anspruch der Machthaber widersetzten sich die Widerstandskämpfer. Denn sie wussten: Die Nazis verlangten fürwahr den ganzen Menschen, nämlich um ihn zu beherrschen, zu formen, und, falls das nicht gelänge, zu vernichten.

Für sie dagegen war das christliche Liebesgebot maßgeblich, kompromisslos als Doppelgebot. Für sie galt die Verpflichtung, aus dem Gottesverhältnis heraus die Verantwortung für den Nächsten zu übernehmen. Und für den Christen ist der Nächste nicht nur der Parteigenosse oder der Kamerad oder der Bruder bzw. die Schwester im Glauben, sondern der Mitmensch schlechthin.

Dietrich Bonhoeffer führt in seiner „Ethik“ an den Seligpreisungen der Bergpredigt aus, was das Liebesgebot in der Nachfolge Christi fordert. In

der Auslegung der Weisung „Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen“ verdeutlicht er, was Nächstenliebe ist, nämlich (Zitat) „eine unwiderstehliche Liebe zu den Geringen, Kranken, Elenden, zu den Erniedrigten und Vergewaltigten, zu den Unrecht Leidenden und zu den Ausgestoßenen“.

Angesichts der Realität im Nationalsozialismus wird damit aus der privaten Dimension des Glaubens eine unmittelbar politische: Die Christen sind gefordert, gegen die Machthaber dieser Welt an die Seite der Entrechteten und Verfolgten zu treten. Dieser Auftrag am Nächsten in der Nachfolge Christi machte die menschliche Grundprägung der Widerstandskämpfer des 20. Juli aus.

[Zitat] „Ich denke jetzt manchmal - was ich seit Monaten nicht getan habe - darüber nach, wie alles wäre, wenn ich am Leben bliebe [...]“

Dieses Zitat aus einem der letzten Briefe Moltkes aus der Haft soll verdeutlichen, warum der christliche Glaube auch in einer weiteren Hinsicht von existenzieller Bedeutung war für die Frauen und Männer des Widerstandes. Sie alle lebten und handelten nicht nur in der Gefahr des Scheiterns, sondern vor allem im Angesicht eines nahen und gewaltsamen Todes.

Ihr christlicher Glaube hatte in den Frauen und Männern des Widerstandes nicht nur ein unbestechliches Gewissen, das Wissen um Gut und Böse, um Recht und Unrecht und damit Orientierung und Halt im Strudel des Bösen verankert. Ihr Glaube gab ihnen zudem die Fähigkeit, über das Hier und Jetzt hinauszublicken, half ihnen, die extremen Dauerbelastungen der Grenzsituation - nicht zuletzt die Angst um die Angehörigen und befreundeten Mitverschwörer - auszuhalten, ermöglichte ihnen, in der Hoffnung auf Erlösung und Rechtfertigung zu leben.

Davon legen die vielen Briefe und Berichte aus der Haft ein eindrucksvolles Zeugnis ab. Zu lesen, wie die todgeweihten Inhaftierten miteinander und füreinander beteten, wie sie, weil sie nicht miteinander sprechen durften, aus ihren Einzelhaftzellen heraus gemeinsam die Melodien von Kirchenliedern piffen, um sich gegenseitig aufzurichten, wie sie es in ihrer Bedrängnis schafften, den bekümmerten Eltern, Ehefrauen, Kindern und Freunden aus den Zellen heraus Trost zuzusprechen, wie sie allesamt nach zum Teil schweren inneren Kämpfen über sich selbst hinauswuchsen und in Demut ihr Schicksal annahmen - all dies sind bewegende Zeugnisse eines in großer Prüfung gestärkten Glaubens - und darin für uns alle ein Vermächtnis von besonderem Gewicht und besonderer Bedeutung.

5. Das Vermächtnis des 20. Juli 1944. Glaube und Gesellschaft heute

Der 20. Juli 1944 stellt den Höhepunkt des Widerstandes gegen Hitler dar. Das Scheitern des Attentats birgt in sich eine tiefe Tragik. Es forderte das Leben vieler Menschen und konnte doch nicht verhindern, dass Deutschland seinen Leidens- und Irrweg mit noch unendlich mehr Opfern bis zum bitteren Ende gehen musste.

Zugleich können wir heute sagen: Das Attentat scheiterte zwar, aber es war nicht vergeblich! Es ist ein moralisches Fanal inmitten des Bösen. Es ist nicht zu viel gesagt: Ohne die Widerstandskämpfer des 20. Juli hätten wir Deutschen unsere Ehre nicht wahren bzw. wiedererlangen können. Sie waren Zeugen dafür, dass die Deutschen nicht alle nur Mitläufer waren oder schlimmstenfalls Verbrecher.

Carlo Schmid hat das einmal so ausgedrückt und damit wohl am besten die historische und moralische Bedeutung der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 beschrieben (Zitat): „Hätte es nicht das Heldentum der Frauen und Männer des Widerstandes gegeben, was gäbe unserem Volk das Recht, den Menschen anderer Völker ins Auge zu blicken?“

Für die Verschwörer des Kreisauer Kreises, die bekanntlich ganz verschiedene Weltanschauungen vertraten, bestand völlige Einigkeit darüber, dass „das andere Deutschland“ nach Hitler und dem Nationalsozialismus auf christlichen Grundwerten basieren müsse. Damit war beileibe kein exklusives, ausgrenzendes Verständnis von Christentum gemeint, kein Christentum, das mit konkreten Handlungsanweisungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufwarten könnte. Vielmehr geht es um ein Christentum, dessen zentrale Botschaften und Lehren längst zu universalen Werten und als solche Teil der europäischen Identität geworden sind.

Entscheidend ist, gerade in einem weltanschaulich neutralen Staat und einer offen-pluralen Gesellschaft, seine integrative Kraft, seine Fähigkeit, moralische Orientierung und Motivation zum Handeln zu geben.

Hans Maier hat in einer Rede zum 100. Geburtstag von Helmuth James Graf von Moltke im März dieses Jahres gesagt: Der Anstoß, den die Attentäter gegeben haben (Zitat) „wirkte weiter, er reichte bis in die Nachkriegszeit hinein, er führte zu einer Überprüfung des überlieferten Denkens bezüglich Staat, Individuum, öffentlicher Ordnung, Menschenrechten – ein Prozess, der bis zur Stunde anhält. Wir Späteren, die wir heute selbstverständlich und manchmal achtlos in einer

rechtsstaatlichen Demokratie leben, verdanken den Männern und Frauen des Widerstandes vieles, ja fast alles.“

Das Attentat ist für mich die Keimzelle des politischen und gesellschaftlichen Neubeginns nach der totalen Niederlage. Das selbstlose, mutige Handeln der Attentäter war eine entscheidende Wurzel für den staatlichen Neubeginn nach 1945 und die Bundesrepublik Deutschland. Aus dieser Wurzel wuchsen die verfasste und garantierte Rechtstaatlichkeit und die Menschenrechte, Freiheit, Demokratie. Für dieses „andere – und ich ergänze: bessere – *Deutschland*“ sind die Offiziere und Widerständler des 20. Juli 1944 gestorben.

Sie setzten sich ein und starben, damit wir in Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit aufwachsen konnten, also unter Bedingungen, wie sie nur ein Verfassungsstaat und ein intaktes Gemeinwesen gewährleisten können.

Wie gehen wir mit diesem Erbe um, heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in einer stark säkularisierten, pluralistischen Gesellschaft? Ich frage: Was ist von dem Erbe übrig geblieben – in unserem Staatswesen, in jedem von uns?

Sind wir uns des Wertes von Rechtstaatlichkeit, von Demokratie, von Freiheit in Frieden und Wohlstand noch in ausreichendem Maße bewusst? Oder gehen wir nicht manchmal zu achtlos und auch lieblos mit diesen höchsten Gütern unseres Zusammenlebens um? Setzen sie sogar leichtfertig aufs Spiel? Radikalismus und Gewaltbereitschaft von Links wie von Rechts sehe ich als Symptome einer Gefährdung genauso wie das hartnäckige verdrossene Schweigen einer lethargischen Minderheit, die dennoch eine schweigende Mehrheit darzustellen scheint. Die nämlich von der Politik nichts erwartet und auch selber nicht bereit ist, aktiv zu werden.

Welche Gefahr damit verbunden ist, liegt auf der Hand. Wie wir der Gefahr begegnen können, ist die große Frage auch heute, in der Zeit des Pluralismus und damit einhergehend auch des Relativismus.

Der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Ernst-Wolfgang Böckenförde, ist schon oft zitiert worden, wonach der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. „Als freiheitlicher Staat“, so Böckenförde, „kann er nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert.“

Anders gesagt: Eine Ordnung von Freiheit und Gerechtigkeit ist uns nicht von Natur gegeben, es sei denn wir leben sie selbst und verteidigen sie – gegen Bedrohungen von außen, etwa durch politischen Radikalismus oder weltanschaulich-religiösen Terrorismus, aber wohlgerne auch gegen die eigene Lethargie und Bequemlichkeit!

Der marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun sagte dem SPIEGEL, dass Demokratie keine Pille sei, „die einem morgens verabreicht wird, und abends ist man kuriert.“, Nein, „Demokratie ist eine Kultur, die in einer Gesellschaft von unten wachsen muss und von oben gefördert werden soll.“

Daher wünsche ich mir, dass wir uns von dem Vorbild der Widerstandskämpfer immer wieder aufrütteln lassen, für unser Gemeinwesen, und das heißt für unsere Mitbürger, einzutreten. Erst wenn wir Toleranz, Mitmenschlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und auch Zivilcourage im täglichen Miteinander, d.h. in den Familien, im Freundeskreis, in Schulen, Vereinen und Organisationen, im Beruf, in der Öffentlichkeit und in der Politik vorleben, dann erst werden wir dem Vermächtnis der Widerstandskämpfer gerecht.

IV. Stellungnahmen

1. Stellungnahme Dr. Axel Smend

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger

Für mich stellt sich der Widerstand, der im Attentat vom 20. Juli 1944 seine höchste und beste Ausformung erreichte, als konstitutive Grundlage unserer Gesellschaft und unseres Staates dar. In ihm wurde das andere Deutschland sichtbar, das bessere - das, was uns den Neuanfang nach der totalen Katastrophe ermöglichte. Die Welt erfuhr, dass Deutschland nicht *in toto* schlecht und böse gewesen ist, sie hat zur Kenntnis nehmen müssen, dass auch in der dunkelsten Zeit deutscher Geschichte Personen bereit waren, ihre Existenz, ja ihr Leben auf das Spiel zu setzen, um der Majestät des Rechtes, wie es Goerdeler formulierte, wieder den Platz im Staate und in der Gesellschaft zukommen zu lassen, der dem Recht in einem Rechtsstaate gebührt. Das Attentat vom 20. Juli 1944 war Voraussetzung für den demokratischen Neubeginn nach dem 09. Mai 1945, für die Wiedererlangung der nationalen Souveränität und damit auch für die deutsche Einheit und für die europäische Einigung. Teilen Sie diese These? Dr. Smend ist ein Nachfahr eines Widerstandskämpfers. Sein Vater war Oberstleutnant i.G. Günther Smend. Dieser war Adjutant des Chefs des Generalstabes des Heeres Generaloberst Zeitzler. Er wurde verraten, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Dr. Axel Smend ist Rechtsanwalt und ehrenamtlicher Vorsitzender der Stiftung 20. Juli 1944

b.) Darlegung Dr. Smend

Ihre Frage besteht letztlich aus 2 Teilen. Zum einen:

Voraussetzung für den unmittelbaren politischen Neubeginn nach 1945 war die deutsche Niederlage eines von den Nazis angezettelten Krieges, die politische und militärische Kapitulation des Reiches und die Übernahme der vollen Gewalt durch die Siegermächte. Also: Voraussetzung für den Neubeginn war nicht der Widerstand gegen die Nazis in Deutschland, der ja in seinen vielfachen Einzelheiten erst lange nach 1945 überhaupt bekannt wurde. Schon gar nicht war es der militärische Aufstand vom 20. Juli 1944, der im Nachkriegsdeutschland teilweise als zu spät, teilweise als zu dilettantisch, wenn nicht gar als Verrat angesehen und diskutiert wurde. Ich erinnere daran, dass noch Ende der 50er Jahre Allensbach zufolge 56 % der Deutschen „die Ziele des Nationalsozialismus“ für eine gute Idee hielten, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Im Ausland galt der 20. Juli trotz der mutigen Bemühungen von Moltke und Trott überwiegend als Rettungsversuch preußisch-militaristischer Generäle für ihre eigenen Positionen.

Auch heute stehen die Generationen in Deutschland in großer Zahl unwissend vor dem Ereignis des 20. Juli 1944. Dennoch, und das betrifft den zweiten Teil Ihrer Frage, hat das Vermächtnis des 20. Juli, nämlich, dass die Würde des Individuums keiner Begründung bedarf und der staatlichen Gewalt übergeordnet bleiben muss, dieses Vermächtnis hat die Gesinnung der Gründergeneration der Bundesrepublik Deutschland deutlich geprägt und auch geleitet, als es darum ging, einen Neuanfang zu wagen. So bin ich mir sicher, dass z.B. Eugen Gerstenmaier, der mit Moltke und Delp zusammen im Gefängnis saß und nicht zum Tode verurteilt wurde, die Bundesregierung mit Kreisauer Gedankengut beraten hat.

Dieses Vermächtnis hat natürlich viele Erblasser: das sind alle Widerstandsgruppen, angefangen bei den kleinen Netzen von Einzelnen oder den einsamen Georg Elser, über die Weiße Rose, den Kreisauer Kreis bis hin zum militärischen Widerstand.

Diese Widerstandsgruppen, jede für sich, hatten auch eigene Botschaften: Dem Kreisauer Kreis z.B. ging es eher um die Zeit „danach“. So steht er u. a. als Mitpate für ein geeintes Europa. Diese Saat ist aufgegangen. Europa ist relevantes Erbe von Kreisau aber sicherlich noch ohne Seele, wie es Delors formuliert hat und ohne gemeinsamen Bürgersinn. Oder der militärische Widerstand: Berthold Graf von Stauffenberg, der Bruder des Attentäters, schrieb 6 Tage vor dem Attentat an seine Frau: „Das furchtbarste ist, zu wissen, dass die Tat nicht gelingen kann, und dass man es dennoch für unser Land und unsere Kinder tun muss.“ Dieses Muss ist m. E. der höchst mögliche Ausdruck menschlicher Freiheit; Tresckow sagte: „coute que coute, das Attentat muss durchgeführt werden. Denn es kommt nicht auf den praktischen Zweck, sondern darauf an, dass die Welt sieht, dass der deutsche Widerstand den entscheidenden Schritt gewagt hat.“

Also: Das aufgestandene Gewissen des anderen Deutschlands ist letztlich Grundlage für das Vermächtnis der Verschwörer, und so ist auch die Wiederaufnahme Deutschlands in den Kreis der Völkerfamilien erleichtert worden. Carlo Schmid hat also Recht.

Fazit: Äußerlich betrachtet blieb die Tat vergeblich; die Täter, legitimiert allein durch ihr Gewissen, bezahlten die Tat mit ihrem Leben. Dennoch hat sie sich gelohnt; warum? Weil sie trotz schrecklichsten Unrechts und Millionen von Toten die Menschlichkeit in Deutschland lebendig gehalten hat, bis heute, und jede Generation ist m. E. verpflichtet, sich mit diesem Erbe auseinanderzusetzen, und deshalb freue ich mich, dass hier so viele interessierte junge Leute sind.

2. Stellungnahmen Dr. Johannes Tuchel und Ministerpräsident Dr. h.c. Christian Wulff MdL

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger

Es wird aber auch eine Antithese vertreten. Die Frau von Klaus Bonhoeffer, Emmi Bonhoeffer, stellte resignierend fest, dass die politische Entwicklung über die Ereignisse des 20. Juli 1944 hinweggegangen sei und dass die Welt heute mit anderen Problemen zu kämpfen habe. Könnten Sie sich deshalb vorstellen, dass die politische Einbindung in den Westen und die wirtschaftliche Erstarkung für das Ansehen Deutschlands in der Welt wichtiger gewesen ist, als die moralische Vorbildfunktion der Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944, um es Deutschland zu ermöglichen, Teil der internationalen Staatengemeinschaft zu werden?

b.) Darlegung Dr. Tuchel

Ich möchte diese Punkte nicht gegeneinander stellen, sondern miteinander verknüpfen. Die moralische Vorbildfunktion des 20. Juli 1944 und des Widerstandes allgemein sind auch in Deutschland erst spät erkannt worden. Doch Wirtschaftswunder und Westintegration allein, ohne wertemäßige Fundierung, ohne die Erinnerung an das, was auch „das andere Deutschland“ genannt wurde, wäre nicht ausreichend gewesen. Die Wege zur Anerkennung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus im Nachkriegsdeutschland waren jedoch lang; längst nicht alle Formen und Aktionen des Widerstandes wurden akzeptiert, viele von ihnen waren lange Zeit heftig umstritten oder blieben gar vollkommen unbekannt.

Grundsätzlich wurde der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in den westlichen Besatzungszonen in der unmittelbaren Nachkriegszeit in einer noch unmittelbar vom NS-Regime geprägten Gesellschaft mit nur wenigen Ausnahmen negativ bewertet. Es war das Odium des „Verrats“, das die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer lange Zeit umgab. In den ersten Jahren nach 1945 gab es nur wenig öffentliche Gedenkfeiern, in der veröffentlichten Meinung gab es nur einige zaghafte Schilderungen und lediglich die Widerstandskämpfer und -kämpferinnen selbst oder ihre Angehörigen versuchten, die Erinnerung an die Toten aufrechtzuerhalten

In der deutschen Bevölkerung allerdings war der Widerstand gegen den Nationalsozialismus überwiegend noch nicht akzeptiert. Ich möchte nur zwei Beispiele nennen. So beurteilten 1951 nur 43 % der Männer und 38 % der Frauen die „Männer vom 20. Juli“ positiv. (Institut für

Demoskopie Allensbach: Die Stimmung im Bundesgebiet August 1951, Allensbach 1951, S. 5). Im Sommer 1956 lehnte es eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung (54 % der Männer und 44 % der Frauen) ab, eine Schule nach dem Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg oder nach dem zivilen Kopf des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944, Carl Friedrich Goerdeler, zu benennen. Nur 18 % der Befragten sprachen sich dafür aus. (Institut für Demoskopie Allensbach: Jahrbuch der öffentlichen Meinung, Band 1: 1947 – 1955, Allensbach 1956, S. 145.)

Insgesamt war es ein langer Weg bis in die 1960er Jahre hinein und der damit verbundenen positiveren Sicht auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Doch im Zeitverlauf wurde immer deutlicher, wie wichtig die ethische Fundierung des Widerstands auch für die politische Kultur der Bundesrepublik geworden ist. Gerade in der Unterscheidung zwischen den vielen, die den Nationalsozialisten gefolgt waren, und den wenigen, die sich ihnen widersetzt hatten, konnte vermittelt werden, dass es in Deutschland eben nicht nur Nationalsozialisten gegeben hatte. Und dies trägt zum Bild Deutschlands auch bei, eben nicht nur Westintegration und Wirtschaftswunder

c.) Darlegung Dr. h.c. Wulff

Ich halte dieser Argumentation immer entgegen, dass gerade bei den Mitgliedern des Kreisauer Kreises der Gedanke eines vereinten Europas, wie es sich heute darstellt, bereits bei den Widerstandskämpfern als Zukunftsutopie präsent war.

Die außenpolitische Konzeption ging vom Verzicht auf eine deutsche Hegemonialstellung aus, stattdessen vom Streben nach Frieden und internationaler Zusammenarbeit. Die politische Kultur im Innern sollte durch eine Entnazifizierung erreicht werden, Fragen der Wiedergutmachung würden akzeptiert. Zu den Zielen der künftigen Außenpolitik gehörten gleichermaßen gute Beziehungen nach Ost wie West sowie eine dauerhafte Partnerschaft. Sogar Gedanken für ein vereintes Europa arbeiteten die Widerständler aus: Auf der Suche nach einer Friedensordnung wuchs die Idee einer europäischen Völkergemeinschaft, damit es keine Hegemonialbestrebungen gegeneinander gebe und nationale Kulturen sich entfalten könnten. Freilich erkannten die Kreisauer schon früh den Ost-West-Konflikt, der den Kontinent erneut in einen Krieg ziehen könnte, wenn die militärischen Auseinandersetzungen mit dem Hitler-Reich beendet seien. In den europapolitischen Vorstellungen sprach Moltke 1941 gar von einer gemeinsamen Währung, einer gemeinsamen Wirtschaft, einer gemeinsamen Außenpolitik. Der Kreisauer Kreis lässt sich über dies

auch strukturell als Vordenker für das heutige vereinte Europa betrachten, denn schon in den vierziger Jahren stand das Konzept eines indirekt gewählten europäischen Regierungschefs mit einzelnen Ministern, die von den Länderregierungen beraten würden. Das oberste politische Amt auf dem Kontinent wäre der Europäische Präsident.

Der Kreisauer Kreis hat die Einigung Europas vorgedacht - allerdings unter den damaligen Gegebenheiten des Zweiten Weltkrieges. Dass einige ihrer Gedanken und Konzepte bis heute Wirklichkeit wurden, erlebten die meisten Widerständler nicht mit, denn im Zuge des Attentates vom 20. Juli wurden sie verhaftet und hingerichtet. Die wenigen Überlebenden waren nach dem Zweiten Weltkrieg aktiv am Neuaufbau der Demokratie und bei der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland beteiligt, etwa Gerstenmaier als Bundestagspräsident, Steltzer als Ministerpräsident Schleswig-Holsteins oder Lukaschek als Vertriebenenminister unter Adenauer.

3. Stellungnahme Landesbischof Dr. Friedrich Weber

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger

Jetzt möchte ich den Vertreter der christlichen Kirchen, wie es Kardinal Kasper in seinem Disput mit dem damaligen Kardinal Ratzinger formuliert hat, jetzt möchte ich den Braunschweiger Landesbischof Dr. Weber fragen, ob die Kirchen, die katholische und die evangelischen, aus ihrem schuldhaften Versagen im Dritten Reich gelernt haben und ob sie dem Menschen immer noch als prägende geistliche Heimat dienen, die christliche Werte zur Orientierung und damit Halt und Unbeirrbarkeit vermitteln?

b.) Darlegung Dr. Weber

Die Kirchen haben aus ihrem schuldhaften Versagen gelernt. Es gab aber auch schon in der Zeit ihrer Krise hinreichend Menschen in ihrer Mitte, die sie vor dem verhängnisvollen Weg, den der Staat und mit ihm die Kirche nahmen, warnten. Um die Verwobenheit zwischen Staat und speziell protestantischer Kirche zu verstehen, muss man sich allerdings immer wieder vergegenwärtigen, dass eine aus der engen Verknüpfung von Thron und Altar entstandene obrigkeitliche Interpretation des Wortes aus Römer 13 „Ein jedermann sein untertan der Obrigkeit...“ ergeben hatte. Gewiss, es hat Widerstandstraditionen gegeben, vorreformatorische und es hat auch deutliche Worte der Reformatoren gegeben, die den Staat oder die Repräsentanten des Staates und der weltlichen Macht in ihre Schranken wiesen. Dennoch hat sich gerade im Protestantismus, dadurch, dass Staat und Kirche gewissermaßen in der Verwaltungsebene verschmolzen waren und diese Trennung erst 1918 zu ihrem Ende kam, eine „unheilige“ Allianz entwickelt. Diese hat auch Gehorsamshaltungen heraufbeschworen, die bar jeder kritischen Haltung oder dem Wort der Apostelgeschichte folgend: „Ihr sollt Gott mehr gehorchen, als den Menschen“ angeleitet waren. Die enge Verbindung zwischen Staat und Kirche kam mit dem Ende des Kaiserreiches zu ihrem Abschluss. Dem Protestantismus gelang es allerdings nicht, in der Zeit der Weimarer Republik ein der Demokratie gegenüber aufgeschlossenes Verhältnis zu entwickeln. Insofern haben weite Teile der protestantischen Kirche keine kritische Gegenposition zu einem, die Werte eines demokratischen Rechtsstaats verhöhnenden Unrechtsstaates aufbauen können. Es hat Warner gegeben. So Dietrich Bonhoeffer, der schon sehr früh deutlich sagen konnte, dass Frömmigkeit und Eintreten für die verfolgten Juden nicht auseinander zu dividieren ist. In seinem Aufsatz „Die Kirche vor der Judenfrage“ machte er deutlich, dass es geboten sein kann, Widerstand, der letztendlich die Gewaltfreiheitsgrenze überschreitet, zu leisten. Es hat die Bekenntnissynode zu Barmen gegeben 1934, in der deutlich gemacht

wurde, dass Christen keinem anderen Herrn zu gehorchen haben, als ihrem Herrn Jesus Christus und dies in allen Bereichen des Lebens, also nicht nur im geistlichen Bereich nach lutherischem Verständnis. Es hat einen Martin Niemöller gegeben, der selbstkritisch, in persönlicher Haft des Führers sitzend, sagen konnte: „An mich geht der Vorwurf eines Menschen, der in die Partei gegangen ist und SS-Mann geworden ist“, der Vorwurf der da lautet: „Ich habe dich predigen hören, du hat mich 1933/34 vor nichts gewarnt.“ Niemöller konnte hieraus folgern, dass die Kirche schuldiger ist als alle anderen, weil sie im Wissen um Wahrheit und Recht geschwiegen habe. 1945 hat die evangelische Kirche mit der Stuttgarter Schulderklärung die Möglichkeit geschaffen, wieder in den ökumenischen Kontext zurückzukehren. Das Darmstädter Wort des Bruderrates tat ein gleiches. Es hat eine Reihe Menschen gegeben, gerade auch im Umfeld des 20. Juni, so den Gefängnispfarrer Harald Poelchau, die in ganz erstaunlicher Weise dazu beigetragen haben, dass Menschen, denen der Unrechtsstaat das Leben ruinierte, einigermaßen in dieser Phase der Haft überleben konnten und der sie begleitete auf ihren letzten, schwersten Gang. Die Kirche hat gelernt aus ihrem Versagen, sie hat auch ihre Predigtpraxis überprüft und nach Antijudaismen gefragt, die in der Exegese biblischer Texte, speziell neutestamentlicher Texte, nicht aufgedeckt worden sind und zu einem latenten Antisemitismus beigetragen haben. Die Kirche hat ihr Verhältnis zum Judentum überdacht, sie hat sich zu einer in kritischer Solidarität dem Staat gegenüber wirkenden, den demokratischen Prinzipien verpflichtenden Größe entwickelt und sie scheut heute nicht – wenn nötig – um der Würde des Menschen Willen und um der Werte des freiheitlich demokratischen Staates Willen, für die einzutreten, die auch in einem Rechtsstaat an den Rand geraten können. Es geht hier um eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung des Lebens, die nicht bestimmte Entwicklungsstadien des Lebens, bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie Behinderte, Kranke, Alte, Arme und Zugewanderte ausgrenzt. Und letztendlich haben sich gerade in diesen Tagen die evangelischen Kirchen in Sachsen-Anhalt, zu denen auch die ev.-lutherische Landeskirche in Braunschweig zählt, mit einem gemeinsamen Wort gegen einen neuen Rechtsextremismus gewendet und deutlich gemacht, dass unsere Gemeinschaft Menschen braucht, die Verantwortung für sie übernehmen. Deswegen sehe ich es als zunehmend unerträglich an, wie Politiker und Politikerinnen pauschal auch in unserem Land diffamiert werden dürfen.

4. Stellungnahme Generalmajor a. D. Graf Hanno v. Kielmansegg

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger

Das zentrale Erbe des Widerstandes vom 20. Juli 1944 auf dem Feld der Politik ist das kompromisslose Eintreten der Widerstandskämpfer gegen den blinden Gehorsam - gegen das Kadavergehorsam - und gegen den autoritären Staat, gegen Rassismus, Intoleranz, Krieg und Gewalt. Gleichzeitig setzt sich der Widerstand ein für die Grundwerte eines Rechtsstaates wie Freiheit, Toleranz und Völkerverständigung. Meinen Sie, Graf Kielmansegg, dass wir uns, dass sich die Politik noch hinreichend für dieses zentrale Erbe einsetzt? Graf Kielmansegg ist Generalmajor a.D. und Sohn des Widerstandskämpfers und späteren Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte, Graf Johann Adolf von Kielmansegg. Dieser war Mitverschwörer des Staatsstreiches vom 20. Juli 1944, wurde von der Gestapo verhaftet, kam allerdings wie durch ein Wunder am 23.10.1944 wieder frei.

b.) Darlegung Graf Kielmansegg

Ich möchte trotz der Kürze der Zeit zwei Vorbemerkungen zum Thema machen, ohne die der 20. Juli 1944, ja der ganze deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus m. E. nicht verstanden werden kann. Die Erste ist, dass der 20. Juli nur der weithin sichtbare End- und Höhepunkt der Entwicklung des deutschen Widerstandes ist. Dieser Widerstand begann aber bereits mit dem Machtantritt Hitlers 1933 und führte zu einer ganzen Reihe von Versuchen, das Regime in der einen oder anderen Form zu beseitigen, von denen der aussichtsreichste der von Generaloberst Beck vorbereitete Staatsstreich von 1938 war. Er scheiterte damals vor allem an der Beschwichtigungspolitik der Alliierten in München.

Der zweite Punkt betrifft die Schwierigkeit der heutigen nachgeborenen Generation, sich die außerordentlichen Verhältnisse, unter denen die Deutschen im 3. Reich leben mussten, vorstellen zu können, den lebensbedrohenden Druck einer rücksichtslosen Diktatur, die Durchsetzung mit Gestapospitzeln, die absolute Informationshoheit, die wirtschaftliche Not vor 1933, und vor allem später den totalen Krieg, mit seinen alle Lebensverhältnisse geistig materiell und physisch völlig verändernden Umständen. Zu einer Beurteilung der Geschehnisse und der handelnden oder leidenden Menschen jeder Zeit reichen daher unsere heutigen Maßstäbe nicht aus. Man muss dazu deren Maßstäbe, deren Erkenntnismöglichkeiten, die Gefahren, die Erfahrungen, den Druck, dem diese Menschen ausgesetzt waren und auch ihre

Wertordnung berücksichtigen, wenn man der Wahrheit näher kommen will.

Und diese Werte, die die Frauen und Männer des Widerstandes prägten und ihnen die Kraft gaben, unter Einsatz ihres Lebens und oft unter großer Gewissensnot zu handeln, waren z. T. durchaus unterschiedlich je nach Herkunft, Bildung und sozialem Umfeld. Das Spektrum reichte von aus dem Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu stammenden Männern wie Leuschner und Leber, über studentische Kreise der Geschwister Scholl, Vertreter der Kirchen beider Konfessionen, bis zu den Widerstandskreisen der Wehrmacht, die eher konservativ geprägt waren und die letztlich, schon wegen der für einen Umsturz notwendigen Machtmittel, die einzigen waren, die mit Aussicht auf Erfolg handeln konnten und dies auch taten. Hier lag daher der Schwerpunkt des Widerstandes. Geeint aber wurden sie alle durch ihre Überzeugung, dem Unrecht und der Tyrannei ein Ende zu setzen und den freiheitlichen Rechtsstaat wieder herstellen zu müssen, durch ihr Streben nach Freiheit, Toleranz, Frieden und Völkerverständigung, nach Achtung der Menschenwürde, nach Glaubens-, Gewissens- und Meinungsfreiheit. Sie alle waren glühende Patrioten, sie liebten ihr Vaterland mehr als ihr Leben. Denn es ging ja um die Rettung Deutschlands. Ganz konkret vor den immer schrecklicheren Zerstörungen des Krieges, aber ebenso ging es darum, diesem Vaterland seine ethische, moralische und geistige Basis und Würde wieder zu geben.

Eine ganz starke Kraftquelle war für die meisten Männer des 20. Juli und die mit ihnen verbundenen Gruppen auch ihr christlicher Glaube. Er bildete die Grundlegung für ein unbestechliches Gewissen, war Maßstab und Antrieb ihres Handelns und Trost in der Verzweiflung. Aber gerade dieses Gewissen konnte auch eine hohe Schwelle vor der entscheidenden Tat sein. Ich erinnere mich an Gespräche mit meinem Vater, in denen er mir die inneren Kämpfe, den quälenden Entscheidungsprozess, die Not der immer schwieriger werdenden Abwägungen versuchte zu erklären: „Wir waren für den Tyrannenmord nicht erzogen“, sagte er, „nicht für die Inkaufnahme des Todes eigener unschuldiger Leute beim Attentat, nicht für Putsch und Meuterei, nicht für den Bruch eines uns heiligen Eides. Diese Schwellen mussten von jedem von uns erst schmerzlich überwunden werden. Das war sicher eine Schwäche gegenüber einem völlig skrupellosem Regime, aber letztlich erwiesen sich diese Überzeugungen doch als die stärkere Quelle unseres Handelns“. Nach dem Kriege gingen sie und diesen Überzeugungen zugrunde liegenden Werte in den normativen Bestand unseres Grundgesetzes ein.

Werden wir heute noch diesem Vermächtnis gerecht?

Wir haben heute das Glück, in einer ungleich besseren, leichteren und freieren Welt zu leben. Obwohl ich den Eindruck habe, dass wir das oft kaum noch zu schätzen wissen. Vielleicht sind aber gerade deshalb die zeitlosen Werte und Überzeugungen der Männer und Frauen des Widerstandes in Gefahr vergessen zu werden. Bindungsunfähigkeit, übersteigter Individualismus und Egoismus, die Geringschätzung klassischer und konservativ verachteter Tugenden und die Oberflächlichkeit unserer Spaßgesellschaft scheinen mir da keine gute Rolle zu spielen. Ich habe den Eindruck, dass sowohl in der Politik, im linken Spektrum mehr als im rechten, wie auch in der medialen Öffentlichkeit und bei vielen einzelnen Menschen, die Bereitschaft, sich für diese Werte einzusetzen, bzw. sie zu leben, stark gesunken ist. Zu untersuchen, woran das liegt, bedürfte einer eigenen Vorlesung. Gerade die Demokratie aber bedarf ihrer als konstitutive Voraussetzung für ihr Gelingen und Überleben. Die Folgen unserer Lauheit in ethischen Grundsätzen, unseres oft hemmungslosen Opportunismus, wenn es um den eigenen Vorteil geht, des Verlustes einer alles bindenden Wertordnung, füllen jeden Tag die Spalten unserer Medien. Ändern tut sich wenig, wenn auch erste Ansätze einer Neubesinnung erkennbar werden. und so ist auch unser Staat, unsere Gesellschaft nicht frei von Intoleranz, Gewalt, Hass, Fanatismus, Menschenverachtung und Gesinnungsbestrafung. Wir werden solcher Gefahr nur begegnen können, wenn wir uns alle dieses unschätzbaren Erbes erneut bewusst werden und uns seiner mit Nachdruck annehmen.

Die Verpflichtung des 20. Juli 1944 ist noch nicht eingelöst. Ich weiß, das ist ein langer, mühsamer Prozess. Aber er ist alle Anstrengung wert.

5. Stellungnahmen Dr. Johannes Tuchel und Landesbischof Dr. Friedrich Weber

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger

Teil des Vermächnisses des Widerstandes vom 20. Juli 1944 ist auch der Rekurs, der ständige, immerwährende Rekurs auf die gemeinsamen Grundwerte, ohne die eine Ordnung in Freiheit keinen Bestand haben kann, weil diese nicht nur den Staat, sondern auch die Gesellschaft im Innersten zusammenhält - wie es Faust formuliert hätte. Halten Sie unser Grundwerteverständnis noch für hinreichend stabil und tragfähig?

b.) Darlegung Dr. Tuchel

Wir dürfen uns diejenigen, die sich der Diktatur am 20. Juli 1944 entgegenstellten, nicht als eine einheitliche politische oder soziale Gruppe vorstellen. Ihre weltanschaulichen Überzeugungen umgriffen ein reiches Spektrum von Ideen und Vorstellungen. Ebenso vielfältig waren ihre Motive und ihre Wege in den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Unterschieden sie sich auch in Einzelfragen einer politischen Neuordnung, der außenpolitischen Perspektiven und der Modalitäten einer Übergangslösung, so überwog doch der immer drängendere gemeinsame Wunsch, die NS-Herrschaft zu beenden. Die drohende militärische Niederlage, die politische Isolation des Deutschen Reiches, der Wunsch, die Substanz des deutschen Nationalstaat zu bewahren, vor allem aber auch der Wille, die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen zu beenden, stellten unverkennbar wichtige Motive vieler Widerstandskämpfer dar.

Im NS-Regime erblickten sie eine Unrechtsherrschaft, die Prinzipien des Christentums ebenso wie des Humanismus, der Solidarität und der Aufklärung verraten hatte. Dieser gemeinsame Bezugspunkt ihrer Kritik und Auflehnung einte sie, auch wenn ihr Denken ganz unterschiedliche Wurzeln hatte und die Regimegegner selbst in zeit- und gruppenspezifischen Vorstellungen befangen waren. Im „Aufruf an das deutsche Volk“, vorbereitet für die ersten Stunden nach einem gelungenen Umsturz, hieß es: „Unser Ziel ist die wahre, auf Achtung, Hilfsbereitschaft und soziale Gerechtigkeit gegründete Gemeinschaft des Volkes. Wir wollen Gottesfurcht anstelle von Selbstvergottung, Recht und Freiheit anstelle von Gewalt und Terror, Wahrheit und Sauberkeit anstelle von Lüge und Eigennutz.“

In der Gemeinsamkeit der Regimegegnerschaft gab es also immer eine Vielfalt der Motive und Ziele, die sich nicht homogenisieren ließ. Darin drückte sich ein politisches Selbstverständnis aus, das den Pluralismus des Widerstands nicht einebnen wollte, sondern darauf vertraute,

unterschiedliche Motive und Absichten in einem neuen Grundkonsens bündeln zu können. Hier verkörperte sich ein grundlegender Neuansatz politischen Denkens und konkreter Zukunftsgestaltung, der in den zehn Jahren nach dem Ende des NS-Regimes die Konflikte der Weimarer Zeit endgültig überwand, indem er neue Wege politischer Kooperation aus dem Geist eines Kompromisses sucht. Politische Grundentscheidungen über die Gestaltung politischer Ordnung sollten dabei nicht einer zufälligen und beliebigen Mehrheit ausgeliefert, sondern unaufhebbaren Verfassungsprinzipien unterstellt sein.

Ihre gemeinsamen Grundüberzeugungen halfen den Widerstandskämpfern immer wieder, politische Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. In der gemeinsamen Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Unrechtsstaat überschritten sie die engen Grenzen des obrigkeitstaatlichen Denkens und des außenpolitischen Hegemonialstrebens. Aus dem Geist des Widerstands entstand so ein Gegenbild zum totalitären „Dritten Reich“, das viele Widerstandskämpfer später auch vor den Schranken des „Volksgerichtshofes“ bezeugten. Sie traten für die Menschenwürde als höchsten politischen Grundwert ein und bestritten dem Staat das Recht, über Leben und Gewissen seiner Bürger zu verfügen.

Grundlegendes Motiv des Umsturzversuches vom 20. Juli 1944 war die „Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts“. Dies hieß nach mehr als elf Jahren Diktatur in Deutschland die Wiedererrichtung des Rechtsstaates als Garant der unveräußerlichen Menschenrechte. Die nationalsozialistischen „Rechtsschänder“ sollten ihre gerechte Strafe erhalten. Eine Kreisauer Denkschrift aus dem Jahr 1943 über die Bestrafung der Rechtsschänder hatte festgestellt: „Unter der nationalsozialistischen Herrschaft sind zahlreiche Verletzungen des Rechts begangen worden. Ihre Bestrafung ist zur Wiederaufrichtung der Herrschaft des Rechts ein dringendes Gebot. Wenn dem Recht wieder zum Siege verholfen werden soll, so kann das nur auf dem Wege des Rechts selbst geschehen.“

Dies macht die zentrale Bedeutung der Menschenwürde und der Rechtsstaatlichkeit für die am 20. Juli 1944 beteiligten Verschwörer deutlich. Der Rechtsstaat war die Voraussetzung, um über Grundwerte zu diskutieren. Ich denke, dass die konkreten Texte, auf die ich eben hingewiesen habe, die ethische Fundierung des 20. Juli 1944 klar erkennen lassen. Sie zeigen aber auch, dass Grundwerte nicht nur deklamatorisch postuliert werden können, sondern in der gesellschaftlichen Diskussion immer wieder neu erarbeitet werden müssen. Wir können uns nicht darauf verlassen, Grundwerte zu setzen, sondern wir müssen diese immer wieder in der gesellschaftlichen

Realität messen und überprüfen. Die Ziele des 20. Juli 1944 geben uns Beispiele, weisen uns aber eindeutig auch auf unsere eigene Verantwortung hin und dies ist die Bewahrung der Menschenwürde und des Rechtsstaates als oberstes Ziel staatlichen und gesellschaftlichen Handelns. Nur wenn wir selbst nachdenken, nur wenn wir selbst bereit sind, an der Ausformung von Grundwerten im Alltag mitzumachen, haben wir eine Möglichkeit, den Herausforderungen gerecht zu werden, die die Texte des 20. Juli 1944 an uns stellen.

c.) Darlegung Dr. Weber

Sie fragen danach, ob unser Grundwerteverständnis noch hinreichend stabil und tragfähig ist. Ich stelle dem die Gegenfrage entgegen: Haben wir ein gemeinsames Grundwerteverständnis? Oder haben wir eine Fülle unterschiedlicher Verständnisse, die nicht miteinander kommunizieren? Ich glaube, dass wir in einer multireligiösen und multikulturellen Gesellschaft, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland ja nun einmal entwickelt hat, genau in dieser unsicheren Situation sind. Unsere Gesellschaft „wabbert“ von Werten, das heißt, die immer wieder zu hörende Forderung „wir bräuchten neue Werte“, ist völlig überflüssig. Werte gibt es genug im Gedächtnis unserer Gesellschaft, nur die Anerkennung gemeinsamer Werte ist eigentlich das Problem. Interessant ist, dass der Kreisauer Kreis während seiner Tagung im Mai 1942 einen Text veröffentlichte, der sich zu den Themen „Kirche und Staat, Schule und Hochschule“ äußerte, der mit folgendem Satz beginnt: „Wir sehen im Christentum wertvollste Kräfte für die religiös-sittliche Erneuerung des Volkes, für die Überwindung von Hass und Lüge, für den Neuaufbau des Abendlandes, für das friedliche Zusammenarbeiten der Völker...“ Die Menschen des Widerstands haben uns den engen Zusammenhang von Nachfolge Jesu, Aufmerken auf die Werte, die er vertritt und kritischer Distanz zu den herrschenden Kräften gelehrt.

Im Memorandum des Kreisauer Kreises von Ende 1943, das den amerikanischen Kirchen zugeschickt wurde wird im 6. Abschnitt ausgeführt: „Die Christen aller Länder werden sich die Forderung nach religiöser und geistiger Freiheit zu eigen machen. Man wird aber hinzufügen müssen, dass das Maß dieser Freiheit praktisch um so größer sein wird, je mehr das persönliche und öffentliche Leben in Wirklichkeit christlich begründet und gestaltet wird. Die eigentliche Bedrohung dieser Freiheit liegt wohl darin, dass die innere Gestaltungskraft den modernen Hindernissen einer christlichen Existenz nicht gewachsen ist.“

Hier wird zweierlei deutlich. Einmal ist dem Kreisauer Kreis offenbar völlig klar, dass die in der christlich jüdischen Tradition gesammelten

Werte hinreichend sind, um eine neue Gesellschaft zu bauen. Zugleich ist aber auch deutlich, dass dieses nur geschehen kann, indem die Werte in Schule und Hochschule, aber auch in der Familie vermittelt werden und indem sie durch das öffentliche „Bekenntnis“ von Entscheidungsträgern auch als deren ethische Fundierung erkennbar werden. Die Kreisauer haben hieraus ihre persönlichen Konsequenzen gezogen und sich in ihrem öffentlichen Wirken deutlich als Christen und Christinnen bekannt. Mir ist in diesem Zusammenhang interessant, dass während eines Gespräches anlässlich der Visitation der Propstei Braunschweig in der vergangenen Woche mir Vertreter der Stadt deutlich sagten, sie wünschten sich, dass Personen in öffentlichen Ämtern auch sich zu ihrem Glauben öffentlich bekennen würden. Ich finde dies bemerkenswert, sehe hierin auch nicht eine Überschreitung der Grenzen zwischen Staat und Kirche in einer modernen Demokratie, meine aber, dass hierin deutlich wird, dass erwartet wird, dass bestimmte Werte öffentlich benannt werden und sich in der Lebenspraxis von Menschen identifizieren lassen müssen. Für mich zählt hierzu der hohe Wert der Gewissensfreiheit, ebenso wie der der staatsbürgerlichen Gleichheit. Wichtig ist aber vor allen Dingen, dass Kindern durchaus eine Einsicht – und da wird Wahrheit und auch die Wahrheit von Werten konkret – in den Zusammenhang von Werten und Tugenden gegeben werden muss. Ich meine, dass hierzu auch ganz schlichte Tugenden, wie Freundlichkeit, Pünktlichkeit u. ä. mehr gehören. Von besonderer Bedeutung aber sind eine Haltung des Respekts, der Verständigung und der Toleranz, die unsere säkulare Gesellschaft braucht. Nur wenn wir auch die Fremdheit der anderen respektieren können wir gemeinsam leben. Die „Praxis der Fremdheit“, also beispielsweise die Religionsausübung, hat allerdings eine Grenze. Nach meinem Dafürhalten gilt für uns alle die Schrankenklausele des Grundgesetzes und diese verpflichtet uns dazu alles, was den Grundprinzipien des demokratischen Rechtsstaates, seiner Verfassung widerstrebt, zu problematisieren. Dies gilt für christliche und jüdische genauso wie für muslimische Glaubenspraxis und –lehre.

6.) Stellungnahmen Dr. Axel Smend und Hanno Graf Kielmansegg

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger

Eine weitere Erfahrung, die wir aus dem Widerstand vom 20. Juli 1944 ziehen können, ist die Tatsache, dass jede Freiheitsordnung auf der Bereitschaft seiner Mitglieder beruht, sich für diese Grundwerte einzusetzen. Auch wenn wir momentan nicht unser Leben und unsere Freiheit auf das Spiel setzen müssten, um diese Freiheitsordnung zu bewahren, zumindest nicht in Deutschland, anderes gilt in Krisenregionen, in denen sich die Bundeswehr im Namen unseres Staates und unseres Volkes engagiert - der Zivilcourage, des Engagements und des Einsatzes für die Gemeinschaft und damit für die Gesellschaft insgesamt bedarf es dafür umso mehr. Können wir uns noch hinreichend auf den Gemeinschaftssinn und auf die Zivilcourage in unserer Gemeinschaft verlassen?

b.) Darlegung Dr. Smend

Das Wort „Zivilcourage“ ist mittlerweile ein sehr geläufiger Begriff geworden. Was ist eigentlich Zivilcourage? Es ist nicht Aufmüpfigkeit sondern es ist die Entschlossenheit als Einzelperson oder als Gruppe abweichende Ansichten offen zu vertreten und dafür Konflikte oder sogar Nachteile zu riskieren. Das Gegenteil mag sein: Servilität, Heuchelei, Konformismus und Bequemlichkeit.

Insofern gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Gemeinschaftssinn und Zivilcourage, beides Kräfte, die in der Demokratie wichtig, ja überlebenswichtig sind, genauso wie Toleranz oder Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

Nun können Zivilcourage und Bürgersinn nicht staatlich verordnet werden; sie können aber vorgelebt werden. Wo? In der Familie, in der Schule, in der Kirche, in Vereinen, Verbänden, Parteien und Bürgerinitiativen. Dort ist überall Engagement erwünscht, aber auch kritisches Hinterfragen; damit fängt Zivilcourage häufig an, wenn z.B. die neue Linke nun Heilsversprechungen verkündet oder braune Irrlichter von „No-go-areas“ sprechen. Dann muss das hinterfragt und aufgebohrt werden und die eigene Meinung durch Wort und Schrift deutlich gemacht werden.

Es kann dabei auch um die Verantwortung des Einzelgewissens gehen. Das ist in unserer Zeit so notwendig wie während der Nazizeit, denke ich. Wie können wir den Irak-Krieg einfach hinnehmen? Wie können wir mit dem Hunger in der Welt leben? Wie können wir die Klimakatastrophe zur Schlagzeile erstarren lassen?

Die Widerständler, die letztlich ihrem Gewissen gefolgt sind, sind hier ideale Vorbilder: das ist die Unerschrockenheit von Georg Elser, das ist der Mut der Weißen Rose, der Mut und die Entschlossenheit von Stauffenberg, Tresckow, Beck, Oster und anderen. Das ist die geistige Geschlossenheit des Kreisauer Kreises, eine Geschlossenheit, die unabdingbar ist für die Zivilcourage einer Gruppe. Drei Dinge sind es, die mich in diesem Zusammenhang immer wieder beim Kreisauer Kreis beeindrucken und beispielhaft sind für den Erfolg von Zivilcourage:

- (1) 1940, auf dem Höhepunkt des Erfolges Hitlers, haben sich York und Moltke zum aktiven Widerstand entschlossen, und zwar gerade wegen des Erfolges. Keiner hat sich blenden lassen.
- (2) Hier haben sich zusammengetan Menschen verschiedenster Couleur: Beamte, Landwirte, Aristokraten, Gewerkschaftler, Anwälte, später dann Kirchenleute und Diplomaten. Sie haben sich getroffen von Beginn an in geistiger Geschlossenheit, im Interesse einer gemeinsamen Sache, um nachzudenken und zu handeln – und dieses in schwierigster Zeit. Nachzudenken für die „Zeit danach“. Im übrigen waren sie abenteuerlich jung: Moltke war 33 Jahre alt, York 36 und Delp 33.
- (3) Ihr Denken war in die Zukunft gerichtet. Nicht restaurieren, sondern das Schaffen einer neuen Zivilgesellschaft als Fundament einer erneuerten Republik.

Zivilcourage? Wenn ich an die Diskussionen denke, die wir im Rahmen unserer Arbeit für die Stiftung 20. Juli 1944 auch an Schulen führen, und ich freue mich, hier Schüler aus Göttingen und Hannover wieder zu erkennen, wird mir nicht bange um Gemeinschaftssinn und Zivilcourage in Deutschland.

Warum nicht die jährliche Verleihung eines Preises für Zivilcourage des Landes Niedersachsen oder der Stadt Hannover oder eines Gymnasiums, an Bürger bzw. Schüler, die durch couragiertes Verhalten und beispielhaftes Engagement zukunftsweisende Orientierung geben? Um Anwärter werden wir, denke ich, nicht verlegen sein.

c) Darlegung Graf Kielmansegg

Wir haben gehört und darüber gesprochen, welchen Werten und Überzeugungen sich die Menschen, die Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet haben, verpflichtet fühlten. Aus Werten aber erwachsen Tugenden, sie sollten es wenigstens. Ich weiß, der Begriff klingt manchen altmodisch. Aber das ist kein Urteil über seinen

Wert. Das Wort hat für mich guten Klang. Keine Gemeinschaft, keine soziale Beziehung und schon gar nicht ein Staat hat ohne Tugenden Bestand, wenn sie nicht Opfer von Beliebigkeit, Willkür, schrankenlosem Egoismus und Unrecht werden wollen. Tugenden wie Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Treue, Mut, Verantwortungsgefühl, Pflichtbewusstsein, Disziplin, ja auch Disziplin und die hier besonders genannten Gemeinschaftssinn und Zivilcourage sind für das verlässliche Funktionieren jeder sozialen Gruppe, von der Familie über die Schule, den Verein, den Beruf bis hin zum demokratischen Staat vollkommen unverzichtbar. Aber sie müssen rückgebunden sein an eine beständige Wertordnung.

Alle Tugenden, selbst die Liebe, wie im Übrigen auch alle Menschen, können missbraucht werden. Das hat im Nachkriegsdeutschland dazu geführt, vor allem in den 68er Jahren, dass viele Tugenden für überholt und obsolet, ja schädlich erklärt wurden. Das, denke ich, war ein fataler Irrtum. Denn Missbrauch beschädigt nicht den Wert der Tugend an sich, sondern ist nur ein, freilich trauriges, Zeichen menschlicher Unvollkommenheit. Übrigens sind auch der Begriff und die Realität Widerstand in Deutschland missbraucht worden und werden es heute noch von den rechts- und linksextremen Rändern unserer Gesellschaft. Wir brauchen nur an die Gewalttaten der Randalierer und Protestierer während des G8 Gipfels zu denken. Die Bundesrepublik hat das Widerstandsrecht auch als Folge aus dem 20. Juli in die Verfassung aufgenommen. Aber nur dann, wenn der Staat selbst die Verfassung bricht und sich zu einem totalitären Unrechtsstaat zu entwickeln droht. Diese Umstände sind in der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes nicht gegeben. Die Realität des 3. Reiches war eine ganz unvergleichbar andere. Solche heutigen „Widerständler“ haben das nicht nur nicht begriffen, sondern sie brechen das Recht und maßen sich einen moralischen Rang an, der ihnen nicht zukommt.

Damals kostete Widerstand das Leben, heute ist er billig, man kommt dafür ins Fernsehen.

Gemeinschaftssinn heißt ja vor allem Eintreten für das Gemeinwohl, heißt solidarisch handeln, heißt das Wohl und die Freiheit des Nächsten zu berücksichtigen, u. U. auch unter Hintansetzung der eigenen Interessen. Der hannoversche und später preußische General Scharnhorst, einer der großen Reformer seiner Zeit, hat dazu gesagt: „Man muss das Ganze stets vor seinen Teilen sehen“. Der ständige Ruf nach Selbstverwirklichung ist da nicht immer hilfreich. Kein öffentliches, kein Ehrenamt kommt ohne solchen Gemeinschaftssinn aus, und auch die Demokratie ist ohne diese Tugend eine hohle Form. Wir könnten, um

es schlicht zu sagen, mehr davon gebrauchen. Gerade im Zeitalter eines übersteigerten Individualismus. Besonders alle Institutionen, die eine Erziehungs- und Bildungsauftrag haben, sind dazu aufgerufen. Aber auch die Familie, ohne die ohnehin nichts geht.

Zivilcourage, Axel Smend hat darüber gesprochen, bedeutet ja vor allem den Mut zu haben sich nicht opportunistisch zu verhalten, sondern auch das Unbequeme zu sagen und zu tun und auch durchzuhalten, wenn man es nach Prüfung des eigenen Gewissens und der objektiven Umstände für richtig befunden hat. Und das auch, wenn man damit u. U. alleine dasteht und vielleicht sogar persönliche Nachteile zu erwarten hat. Ich vermisste das gerade bei manchen unserer Politiker sehr, auch wenn wir natürlich alle dazu aufgerufen sind. Ich halte das wider besseres Wissen „nach dem Munde rede“, das Wegsehen, für eine traurige und schädliche Eigenschaft. Leichtfertiger Widerspruch nur um des Widerspruchs oder der eigenen Profilierung willen, ist allerdings genauso traurig.

Der Begriff „Zivilcourage“ kommt übrigens aus dem militärischen Bereich, Friedrich Wilhelm I. verlangte von seinen Offizieren, dass sie ihm nicht seine eigene Meinung sagen sollten, die kenne er ohnehin, sondern dass sie den Mut hätten, wenn nötig auch „nein“ zu sagen. Er verlangte das aber auch von den zivilen Staatsdienern und nannte das, im Gegensatz zur ohnehin durch den Eid geforderten Tapferkeit des Soldaten „Zivile Courage“. Sie ist auch heute nicht nur im zivilen Bereich, sondern ebenso z. B. in der Bundeswehr dringend notwendig. Meine Erfahrungen in fast 40-jähriger Dienstzeit sind da nicht allzu gut. Gerade hohe Dienstgrade, die eigentlich innerlich unabhängig sein sollten, lassen Zivilcourage oder schlicht den Mut, besonders gegenüber der Politik und der Öffentlichkeit die unbequeme Wahrheit, z. B. über den Zustand und die Sorgen der Armee zu sagen, gelegentlich vermissen.

Dabei gilt für mich immer noch unverändert das berühmte Wort des alten Generalfeldmarschalls Graf Moltke: „Gehorsam ist das Prinzip, aber der Mensch steht über dem Prinzip“.

Gemeinsinn und Zivilcourage. Diese im besten Sinn demokratischen Tugenden zu wecken und zu fördern und auch gegen die eigene Schwäche durchzuhalten, scheint mir eine der wichtigen, wenn auch mühsamen Aufgaben unseres Gemeinwesens zu sein und zu bleiben.

7.) Stellungnahme Ministerpräsident Dr. h.c. Christian Wulff MdL

a.) Einführung und Fragestellung Rilinger

Heute sind über 130 Schüler aus verschiedenen Schulen Niedersachsens zu uns gekommen - Jugendliche, die sich über die eigene Geschichte, über die eigene Tradition, ja über ihre eigene Herkunft informieren wollen. Der Widerstand im Dritten Reich kann auch als eine besondere Verpflichtung und Herausforderung der Jugend gedeutet werden, sich ständig für Demokratie und Menschenrechte einzusetzen und nicht das Schicksal der Gesellschaft und des Staates anderen zu überlassen, wenn die ersten Schwierigkeiten auftauchen sollten. Deshalb die letzte Frage an den Ministerpräsidenten: Wie können wir erreichen, dass sich unsere Kinder und Jugendlichen wieder verstärkt für die Gesellschaft, für den Staat und damit für unsere demokratische Grundordnung einsetzen?

b.) Darlegung Dr. h.c. Wulff

Hans Maier hat in einer Rede zum 100. Geburtstag von Helmuth James Graf von Moltke im März dieses Jahres gesagt: Der Anstoß, den die Attentäter gegeben haben (Zitat) "wirkte weiter, er reichte bis in die Nachkriegszeit hinein, er führte zu einer Überprüfung des überlieferten Denkens bezüglich Staat, Individuum, öffentlicher Ordnung, Menschenrechten - ein Prozess, der bis zur Stunde anhält. Wir Späteren, die wir heute selbstverständlich und manchmal achtlos in einer rechtsstaatlichen Demokratie leben, verdanken den Männern und Frauen des Widerstandes vieles, ja fast alles".

Das Attentat ist für mich die Keimzelle des politischen und gesellschaftlichen Neubeginns nach der totalen Niederlage. Das selbstlose, mutige Handeln der Attentäter war eine entscheidende Wurzel für den staatlichen Neubeginn nach 1945 und die Bundesrepublik Deutschland. Aus dieser Wurzel wuchsen die verfasste und garantierte Rechtstaatlichkeit und die Menschenrechte, Freiheit, Demokratie. Für dieses "andere - und ich ergänze: bessere Deutschland" sind die Offiziere und Widerständler des 20. Juli 1944 gestorben. Sie setzten sich ein und starben, damit wir in Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit aufwachsen konnten, also unter Bedingungen, wie sie nur ein Verfassungsstaat und ein intaktes Gemeinwesen gewährleisten können.

Wie gehen wir mit diesem Erbe um, heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in einer stark säkularisierten, pluralistischen Gesellschaft? Ich frage: Was ist von dem Erbe übrig geblieben - in unserem Staatswesen, in jedem von uns?

Sind wir uns des Wertes von Rechtsstaatlichkeit, von Demokratie, von Freiheit in Frieden und Wohlstand noch in ausreichendem Maße bewusst? Oder gehen wir nicht manchmal zu achtlos und auch lieblos mit diesen höchsten Gütern unseres Zusammenlebens um? Setzen sie sogar leichtfertig aufs Spiel? Radikalismus und Gewaltbereitschaft von Links wie von Rechts sehe ich als Symptome einer Gefährdung genauso wie das hartnäckige verdrossene Schweigen einer lethargischen Minderheit, die dennoch eine schweigende Mehrheit darzustellen scheint. Die nämlich von der Politik nichts erwartet und auch selber nicht bereit ist, aktiv zu werden.

Welche Gefahr damit verbunden ist, liegt auf der Hand. Wie wir der Gefahr begegnen können, ist die große Frage auch heute, in der Zeit des Pluralismus und damit einhergehend auch des Relativismus.

Der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht, Ernst-Wolfgang Böckenförde, ist schon oft zitiert worden, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. "Als freiheitlicher Staat", so Böckenförde, "kann er nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von inner hier, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft, reguliert".

Anders gesagt: Eine Ordnung von Freiheit und Gerechtigkeit ist uns nicht von Natur gegeben, es sei denn wir leben sie selbst und verteidigen sie - gegen Bedrohungen von außen, etwa durch politischen Radikalismus oder weltanschaulich-religiösen Terrorismus, aber wohlgernekt auch gegen die eigene Lethargie und Bequemlichkeit!

Der marokkanische Schriftsteller Tahar Ben Jelloun sagte dem SPIEGEL, dass Demokratie keine Pille sei, "die einem morgens verabreicht wird, und abends ist man kuriert. "Nein, "Demokratie ist eine Kultur, die in einer Gesellschaft von unten wachsen muss und von oben gefördert werden soll".

Daher wünsche ich mir, dass wir uns von dem Vorbild der Widerstandskämpfer immer wieder aufrütteln lassen, für unser Gemeinwesen, und das heißt für unsere Mitbürger, einzutreten. Erst wenn wir Toleranz, Mitmenschlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und auch Zivilcourage im täglichen Miteinander, d.h. in den Familien, im Freundeskreis, in Schulen, Vereinen und Organisationen, im Beruf, in der Öffentlichkeit und in der Politik vorleben, dann erst werden wir dem Vermächtnis der Widerstandskämpfer gerecht.

V. Autoren:

Dr. h.c. Christian Wulff MdL

Studium der Rechtswissenschaften mit wirtschaftlichem Schwerpunkt an der Universität Osnabrück

- Seit 1990 Rechtsanwalt in der Anwaltssozietät Dr. Funk, Prof. Dr. Tenfelde und Partner, Osnabrück (übt seinen Beruf z.Zt. nicht aus)
- Seit 1994 Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen
- Seit 1994 Mitglied des Niedersächsischen Landtages
- 1994 bis 2003 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
- Seit 1998 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands
- Seit 4. März 2003 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen
- Seit 1. März 2003 Mitglied des Vorstandes der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Seit Mai 2007 Dr. h.c., verliehen durch die Tongji-Universität, Shanghai

Johann-Adolf (Hanno) Graf v. Kielmansegg, Generalmajor a.D.

Studium der Geschichte und Volkswirtschaft in Bonn und Cambridge.

1956 Eintritt in die Bundeswehr.

Übliche Erstverwendungen, Generalstabsausbildung in Deutschland und Großbritannien, wechselnde Verwendung auf Kommandeursstellen der Truppe, im Verteidigungsministerium und in nationalen sowie internationalen Stäben und Hauptquartieren. darunter Kommandeur der Panzergrenadierbrigade 1 in Hildesheim 1982/1983 und Chef der Operationsabteilung des Heeres FÜH III, 1985/88. Langjähriger stellv. Vorsitzender des Beirates der ev. Militärseelsorge. Letzte Stellung als Chef des Stabes der NATO-Heeresgruppe Nord in Mönchengladbach. Nach der aktiven Zeit u.a. sicherheitspolitischer Berater der bosnischen Regierung.

Vorstand von SOS Kinderdorf International.

Dr. Friedrich Weber

- 1967 - 1972 Studium der Ev. Theologie, Geschichte und Pädagogik in Wuppertal, Göttingen und Oldenburg/
1972 1. theologisches Examen
1974 2. theologisches Examen
1975 Ordination in Greetsiel/ Nordsee
1972 - 1984 Vikar und Pastor in Greetsiel/ Nordsee
1972- 1979 nebenamtliche Mitarbeit im Religionspädagogischen Institut Loccum der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
1984 - 1991 Pfarrer und Dekan an St. Katharinen in Oppenheim/ Rhein
1985 - 2002 Mitglied der Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
1991 Wahl zum Propst für Süd-Nassau
1991 - 2002 Vorsitzender der Evangelischen Akademie Arnoldshain/ Taunus
1997 Promotion zum Dr. theol. im Fach Kirchengeschichte
seit März 2002 Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig
seit Mai 2003 Vorsitzender des Hochschulrates der Technischen Universität Braunschweig
seit Oktober 2003 Mitglied des Kuratoriums der Herzog-August-Bibliothek (HAB) in Wolfenbüttel
seit Mai 2005 Stellvertretender Vorsitzender der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz
seit November 2005 Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD)
seit Januar 2006 Ratsvorsitzender der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen
seit März 2007 Leiter des neu geschaffenen Kuratoriums des Konfessionskundlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Christian Schleicher

1984 - 1991	Studium der Fächer Mittlere und Neuere Geschichte, Völkerkunde und Politikwissenschaft an der Universität Köln mit dem Abschluss Magister
1982 - 1984	SaZ2 beim Fallschirmjägerbataillon 271 in Isarlohn, derzeitiger Dienstgrad: Hauptmann der Reserve
1984 - 2003	Leiter des Bildungswerks Lüneburg der Konrad-Adenauer-Stiftung
seit 2003	Leiter des Bildungswerks Hannover der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. jur. Axel Smend

1964 bis 1967	Studium: Rechtswissenschaften, Philosophie, Französisch
1968 bis 1972	Referendariat, Assessor
1970	Promotion zum Dr. jur.
1972 bis 1994	Commerzbank AG: davon ab 1974 in jeweils leitender Stellung im In- und Ausland, zuletzt Mitglied der Geschäftsleitung der Niederlassung Hamburg
1995 bis 2002	DZ-Bank AG: Generalbevollmächtigter in Frankfurt/Main und Berlin
seit 2002	geschäftsführender Gesellschafter der Deutsche Agentur für Aufsichtsräte, Berlin, Gesellschaft für Vermittlung und Beratung von Aufsichts- und Beiräten mbH; Rechtsanwalt
Sonstiges:	Mitglied verschiedener Aufsichts- Verwaltungs- und Beiräte; u.a. Vorsitzender der Stiftung 20. Juli 1944

Dr. Johannes Tuchel

Studium der Politikwissenschaft in Hamburg und Berlin;
seit 1991 Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin;
seit 2001 Privatdozent am Otto-Suhr- Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin;
Zahlreiche Veröffentlichungen zu Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus.

Lothar C. Rilinger

- Studium der Rechtswissenschaften und der Philosophie
- Rechtsanwalt am Landgericht Hannover und Oberlandesgericht Celle
- Vorsitzender des Landesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (LACDJ) in Niedersachsen
- Mitglied des Vorstandes des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)
- Kooptiertes Mitglied des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen
- Fachanwalt für Arbeitsrecht
- Stellv. Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes
- Verantwortlicher Redakteur der Schriftenreihe "Rechtspolitik in der Diskussion"

Veröffentlichungen:

Aufsätze zur Politischen Philosophie, über medizinethische Fragen und über Rechtspolitik

Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“

- 1 Eigentumsrechtliche Fragen im Zuge der Wiedervereinigung**
Christian Wulff MdL, Dr. Wolfgang Knippel, Lothar Rilinger,
Rainer Robra, Prof. Dr. Wolfgang Frhr. v. Stetten MdB, Albrecht Wendenburg:
- 2 Integration von Ausländern und doppelte Staatsbürgerschaft“**
Christian Wulff MdL, Senator Ralf H. Borttscheller MdBB, Gabriele Erpenbeck,
Prof. Dr. Axel Frhr. v. Campenhausen, Prof. Dr. Hans-Hugo Klein, Lothar Rilinger:
- 3 Erfolg vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof – Entscheidungen ohne Wirkung?**
Bernd Busemann MdL
- 4 Steuern. 21 Thesen zur Steuerpolitik in Deutschland**
Friedrich Merz MdB
- 5 Sozialstaat 21- Sicherheit und Verantwortung**
Christian Wulff MdL
- 6 Die Einheit Deutschlands - Erfahrungen und Prognosen**
Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdL
- 7 Neuorientierung in der Strafvollzugspolitik. Kann Privatisierung nützlich sein?**
Minister Dr. Christean Wagner MdL
- 8 Gesetzliche Rentenversicherung im Umbruch
Ausgangsbedingungen, Reformversuche, Anpassungsmaßstäbe**
Dr. jur. Günther Schneider
- 9 Die Justiz als Standortfaktor in einem sich erweiternden Europa**
Minister Prof. Dr. Kurt Schelter
- 10 Thesen zur Kriminalpolitik.**
Christian Wulff MdL, Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind, Adolf Stange
- 11 Die Zukunft der EU**
Minister Prof. Dr. Kurt Schelter, Dr. Norbert Röttgen MdB
- 12 Zuwanderung Begrenzen – Integration fördern. Zwei Reden zu einer umstrittenen Frage**
Ministerpräsident Peter Müller
- 13 Die Kriminalitätsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nach Öffnung der Ostgrenzen und im Vorfeld der geplanten EU-Osterweiterung**
Ingmar Weitemeier, Direktor des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern
- 15 Wohin steuert die EU?**
Prof. Dr. Hans-Gert Poettering MdEP
- 16 Europapolitische Aspekte nach der deutschen Bundestagswahl**
Christian Wulff MdL
- 17 Der EU- Ausschuss des Deutschen Bundestages in der 14. Wahlperiode**
Dr. Friedbert Pflüger MdB
- 18 Europa - Wunsch und Wirklichkeit**
Dr. h.c. Hans von der Groeben . Ein Gespräch mit Lothar C. Rilinger
- 19 Herausforderungen an die Innere Sicherheit 2003**
Minister Dr. Günther Beckstein MdL
- 20 Was können wir von der Justiz fordern? Gedanken über eine Strukturreform**
Ministerin Elisabeth Heister-Neumann

Reihe „Rechtspolitik in der Diskussion“

- 18 Europa - Wunsch und Wirklichkeit**
Dr. h.c. Hans von der Groeben . Ein Gespräch mit Lothar C. Rilinger
- 19 Herausforderungen an die Innere Sicherheit 2003**
Minister Dr. Günther Beckstein MdL
- 20 Was können wir von der Justiz fordern? Gedanken über eine Strukturreform**
Ministerin Elisabeth Heister-Neumann
- 21 Aktueller Diskussionsstand zum Zuwanderungsgesetz**
Minister Uwe Schünemann MdL
- 22 Aufbruch oder Stillstand - Wie kommt die Wirtschaft in Deutschland wieder in Fahrt?**
Dr. Jürgen Großmann
- 23 Justizpolitik aus Thüringer Sicht**
Minister Harald Schliemann
- 24 Dr. Ernst Albrecht - Reden anlässlich seines 75. Geburtstages**
Ministerpräsident a.D. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Vogel, Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 25 Halbzeitbilanz: Niedersachsen - solide finanziert**
Minister Hartmut Möllring MdL; Mit einem Grußwort von Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 26 Europäischer Auftrag und nationale Interessen**
Ministerpräsident Christian Wulff MdL
- 27 Viel erreicht - viel zu tun. Drei Jahre CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen**
David McAllister MdL
- 28 Justizreform: Mehr Effizienz und Transparenz**
Minister Harald Schliemann, Ministerin Elisabeth Heister-Neumann, Dr. Jürgen Gehb MdB, Karl-Helge Hupka, Dr. Ulrich Scharf
- 29 Das Attentat vom 20. Juli 1944**
Ministerpräsident Christian Wulff MdL, Dr. Axel Smend
- 30 Gerechte Strafe – verantwortlicher Vollzug**
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann
- 31 Wirtschaft, Bildung und Familie. Politik auf klarem Wertefundament**
Ministerpräsident Dieter Althaus MdL

2. Auflage 2008

Diese Dokumentationen können bezogen werden von der
CDU in Niedersachsen
Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover
Tel. 0511-27991-41
Fax 0511-27991-42
E-mail: lacdj@cdu-niedersachsen.de